

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circulasse Riesa Nr. 32.

Nr. 40.

Mittwoch, 17. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demöglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nhemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Ein schlechtes Gewissen.

In Polnisch-Oberschlesien wütet die Behörde nach allem, was deutsch ist, in Warschau tobt eine wildgewordene Presse um die Gleichstellung des polnischen Staats mit Deutschland. Das ist ein wertvolles Instrument. Es wäre durchaus falsch, wenn man glauben würde, daß nur allein die französischen Einkäuferungen die Herren in Warschau dazu getrieben haben, nun plötzlich mit einer erhabenen Energie sich für ein Ziel einzusetzen, das gewiß sehr sympathisch ist, aber doch im Grunde genommen dem polnischen Staat keine allzu sichtbaren Vorteile bringt. Genau so falsch wäre es, zu glauben, daß das Vorgehen der polnischen Behörden gegen den deutschen Volksbund etwa auf Vorwissen beruht, die sich gegen die Sicherheit des Staates richten. Das Zusammenreffen dieser polnischen Aktivität in zwei Richtungen hin gibt Vermutungen Raum, die blickartig die ganze Situation in Polen erschließen dürften.

Warschau hat ein schlechtes Gewissen. Die Politik der Regierung in der Frage des Minderheitenschutzes hat Ergebnisse gebracht, die gerade das Gegenteil erreichen, was man beabsichtigte. In der Anfangszeit des polnischen Beherrschens hatte man sich nicht genug um können an Verbesserungen und Prophezeiungen über eine glückliche Zukunft, der alle Minderheiten entgegenstellten, die der Staatsautorität Warschau unterworfen seien. Was hat man nicht alles den Oberschlesien versprochen? Die Industrie des Gebietes sollte eine ungeahnte Belebung erhalten, der Produktion und dem Export sollten neue Mittel zugeführt werden, die komplizierte Organisation des Gebietes sollte bleiben, wie sie unter dem glücklichen Regime Deutschlands war. Was ist von diesen Versprechungen übrig geblieben? Nichts, aber rein nichts. In dem verhältnismäßig kleinen Gebietsteil schreien über 10000 Arbeitslose nach Brot; Steuern über Steuern wägen sich zu einer Last, die kaum noch zu ertragen ist. Eine Sozialversicherung nach deutschem Muster steht vollständig still. Hilflos in ihrer Not, dem Elend preisgegeben, richtet die Regierung ihre Bitten nach Warschau. Und Warschau schweigt. Der Seim hat keine Zeit für Oberschlesien. Deeresvorlagen über Deeresvorlagen, Maßnahmen über Maßnahmen beschäftigen sein Interesse. Beizeitzeit kämpft der polnische Finanzminister um die Annahme einiger Reformpläne, die etwas mehr Ordnung in die zerrütteten Geldverhältnisse des Landes bringen sollen. Aber die nationalen Parteien in ihrem Gesinnungswandel, blind für die elementarsten Bedürfnisse des Landes, haben nur Stimm und Verstand für Dinge, die der gewünschten Wahrungspolitik ein pompöses militärisches Mantelchen umhängen können. Diese Ablehnung, die Warschau allen Wünschen der ausgesprochenen Bevölkerung der ehemaligen Reichsgebiete entgegenstellt, hat ihre Wirkung getan. In Oberschlesien, in Polen, überall in den Grenzgebieten des Staates fühlt man sich belogen und betrogen. Diese Welle der Erbitterung hat nicht nur die deutschen Minderheiten erfasst, sie ist auch tief in die Kreise hineingedrungen, die ausgesprochen polnisch sind. Ein Beispiel mag dies erläutern: Vor einiger Zeit ordnete die polnische Regierung eine Volkszählung an, die über die Witterprache und die Nationalität der Bevölkerung der schlesischen Provinz Aufschluß geben sollte. Die Bewohner des Landes sahen aber diese Volkszählung als eine neue Abstrichung auf. Die Propaganda, die das kommende Ereignis begleitete, nahm einen Charakter an, der die polnische Regierung das Schlimmste beschuldigte. Das Ergebnis war vorauszusagen. Um nun etwaigen außenpolitischen Forderungen aus dem Wege zu gehen, die durch ein solches Abstrichungsergebnis hätten eintreten können, ordnete Warschau in letzter Minute an, daß die Volkszählung nicht durchgeführt werden soll. Dieser letzte Warschauer Befehl kam aber zu spät, daß er in dem Ort Radzionkow erst am Tage nach der dort durchgeführten Volkszählung eintraf. Und das Ergebnis der dortigen Volkszählung: Es wählten dort, also in einem Ort mit ausgesprochen polnischer Bevölkerung, in dem sich auf Grund der Ausweisungen überhaupt keine Deutschen mehr befanden, mehr als 75 Prozent der Einwohner deutsch, das heißt mit anderen Worten: der überwiegende Teil der polnischen Bevölkerung sprach sich für Deutschland aus. Diese Tatsache der wahren Meinung des Volkes wird in Warschau ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Zu deutlich gab sie kund, daß nicht nur der Volkswille sich gegen ein Verbleiben im polnischen Staat aussprach, sondern daß auch die Herrschaft der Wirtschaft und das Elend in der Bevölkerung eine Stimmung geschaffen haben, die Autorität und Existenz des Staatswesens ernstlich bedrohen.

Polen ist Mitglied des Völkerbundes. Und dieser Völkerbund hat es sich als wichtigste Aufgabe gesetzt, die Minderheiten zu beschützen und alles zu tun, das Los fremder Nationalitäten in fremden Volkskörpern zu erleichtern. Das ist ein Problem, das aus dem inneren Herzen des Völkerbundes erwacht. Was sollen nun die polnischen Vertreter den Herren in Genf sagen, wenn Not und Elend der Minderheiten im polnischen Staat den Völkerbund dazu geführt haben, sich mit den Protesten der verarmtesten Bevölkerung zu beschäftigen? Wirtschaftlich sind alle diese Gebiete durch polnische Regierungskräfte bis auf den Grund zerstört. Und der Wille der Bevölkerung spricht sich für ein Ausscheiden aus dem Warschauer Staatsverband aus. Wirklich zwei Momente, die sich nicht all zu empfehlend für die polnischen Wünsche aussprechen. Warschau hat ein schlechtes Gewissen. Es ist verständlich, daß es nun alles daran setzt, Gefährdungen zu beseitigen, die die Sicherheit seines politischen Handelns dokumentieren könnten. Ein solch drohendes Gefährdungsmoment ist der Eintritt Deutsch-

lands in den Völkerbund, ist die Tatsache, daß die deutsche Regierung als Staatsmitglied über alle Dinge, mit denen sich der Völkerbund zu beschäftigen hat, mitzusprechen und mitzuvoten hat. Man ist sich in Warschau vollständig bewußt, daß Deutschland sich auf das Energischste und Nachdrücklichste aller Minderheitenfragen annehmen wird. Das Reich selbst hat durch die Art und Weise, wie es die nationalen Minderheiten in seinen Grenzen schützt und ihnen jede Pflege und Unterstützung angedeihen läßt, der Welt ein Beispiel gegeben, das seinen Eindruck und seine Wirkung nicht verfehlt wird. Der Einfluß, den Deutschland auf die weitere Gestaltung der Minderheitenfrage ausüben wird, wird dem polnischen Standpunkt in der gleichen Frage naturgemäß keine allzu große Sympathie entgegenbringen. Ob die Vermehrung der Ratssitze all diese Befürchtungen Warschaus beseitigen wird, ist allerdings eine große Frage. Polen hofft es. Wir in Deutschland haben jedoch gar keinen Anlaß, uns irgendwie mit diesen polnischen Gedankenengängen zu befassen. Erstens haben wir die Zusicherung, daß Polen nicht Mitglied des Völkerbundes wird und zweitens sollten wir wirklich in dieser Zusicherung betrogen werden, dieser Betrag wird uns nie davon abhalten, nach wie vor mit allem Nachdruck unseren Standpunkt, der den Schutz der Minderheiten in sich schließt, zu vertreten.

Das erste Todesopfer in Oberschlesien.

Das unglaubliche und unerhörte Vorgehen der polnischen Vorkriegsorgane in Oberschlesien hat bereits sein erstes Todesopfer gefordert. Der verheiratete 62-jährige Berginspektor Lamprecht wurde am Montag früh in seiner Zelle tot aufgefunden. Bis jetzt konnte man allerdings nicht feststellen, ob dieser Tod durch eine äußerliche Gewalttat oder durch einen Versschlag erfolgte, von der eingekerkerte Deutsche infolge der Aufregungen der letzten Tage erlitt. Bezeichnend jedoch für das polnische System ist es, daß die Behörden in ihrer Presse der Öffentlichkeit mitteilten, der 62-jährige Lamprecht hätte sich in seiner Zelle erhängt. Diese Behauptung ist eine schamlose Lüge, die sofort von der Bevölkerung auch als eine solche erkannt wurde. Der Verstorbenen war bekannt als ein Mann, der sich um die politischen Dinge wenig bekümmerte und stets seinen Pflichten als polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität loyal nachkam. Sein einziges Verbrechen war vielleicht, daß er sich als Deutscher stets bekannte. Von all den Gründen und von all dem belastenden Material, das die polnischen Vorkriegsorgane gesammelt hatten, um eine Schuld des deutschen Berginspektors zu konstruieren, ist auch nicht das Geringste übrig geblieben. Wenn auch nur ein Tüpfelchen eines Beweises der Schuld Lamprechts erbracht worden wäre, die polnische Regierung hätte sicherlich nicht verfehlt, diesen Schuldbeweis mit den dazugehörigen Unterlagen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Es ist begreiflich, daß der Tod Lamprechts in der Bevölkerung eine ungeheure Erregung ausgelöst hat. Mit Recht verlangt die Öffentlichkeit dringend, daß sich die durch den Genfer Vertrag zuständige gemischte Kommission sofort mit den unerhörten, brutalen Maßnahmen der polnischen Behörden beschäftigt. Ist es nicht auch eine selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung, durch ihre diplomatischen Vertreter in Warschau vorstellig zu werden? Gegen den Terror in dem früheren österreichischen Südtirol hat der deutsche Außenminister schöne Worte zu sprechen gewußt. Hier in Oberschlesien handelt es sich aber nicht nur um Menschen deutscher Nationalität, sondern auch um frühere Reichsbürger. Doppelte Pflicht der Berliner Regierung ist es daher, mit derselben Energie für das Recht der oberschlesischen Deutschen einzutreten, mit der sie sich der Justiz in Südtirol angenommen hat. Wir hoffen, daß dieser Appell in Berlin nicht ungehört bleiben wird.

Drummond reißt heute von Berlin ab.

Berlin. Wie verlautet, sind die Besprechungen des Generalsekretärs des Völkerbundes Sir Eric Drummond mit den verschiedenen Stellen der Reichsregierung über die formellen Fragen, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen, soweit gediehen, daß die heutigen Abschlusshandlungen nur noch von kurzer Dauer sein werden. Sir Eric Drummond werde heute abend Berlin verlassen, um nach Genf zurückzukehren.

Unterredung mit Drummond.

Berlin. (Funkspruch.) Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, der heute abend Berlin verläßt, äußerte sich einem Vertreter der B.Z. gegenüber, er glaube, daß Deutschlands Bedenken wegen den in den letzten Tagen entstandenen Streit mit der Ratssitze durch die Wehrungen Londons und der Pariser Regierungspresse reiflos zerstreut sein dürften. Deutschland könne auf volle Kohäsität rechnen, daß es auch auf die unparteiische Erfüllung seiner Ansprüche in der Völkerbundsorganisation selbst rechnen dürfe, verleihe sich bei der internationalen Natur des Völkerbundes gleichfalls von selbst.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister.

Berlin. Auf Einladung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius fand im Reichswirtschaftsministerium eine Aussprache mit den Vertretern der Arbeitnehmerschutzorganisationen statt. Dr. Curtius betonte, daß er größten Wert auf eine dauernde Fühlungnahme mit den Gewerkschaften und auf die Herstellung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses lege. Er ging dann näher auf die großen schwebenden Fragen, wie z. B. das russische Geschäft,

die schwere Lage der Ruhrkohlenindustrie, dem Wohnungsbau und die Frage der Schaffung einer Exportkreditversicherung zur Belebung der Wirtschaft ein. Der Minister kündigte eine Denkschrift der Regierung an, die sich mit den einzelnen aufgeworfenen Problemen beschäftigen wird.

Ueber Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung.

vdg. Berlin. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages begründete am Dienstag Arbeitsminister Dr. Brauns den Regierungsvorschlag, wonach die Erwerbslosen-Unterstützung für alleinstehende Ledige um 10 Prozent erhöht werden soll.

Die Demokraten und das Zentrum hatten Anträge eingebracht, wonach die Sätze für die Hauptunterstützungsempfänger um 10 Prozent und für alleinstehende Jugendliche unter 21 Jahren um 20 Prozent erhöht werden sollten. Nach sehr eingehender Aussprache wurden diese Anträge angenommen, dagegen Anträge auf Begrenzung der Höchstätze auf 75 Prozent des Lohnes sowie weitere Anträge auf Erhöhung der Höchstätze abgelehnt. Die Beschlüsse müssen zunächst noch an den Haushaltsausschuss gehen, zur finanziellen Nachprüfung. Mehrfach griff der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in die Aussprache ein. Er versprach u. a. eine Prüfung der Frage, wie den ausgedehnten Erwerbslosen durch eine einmalige Zuwendung geholfen werden kann.

Die Finanzminister-Konferenz verschoben.

Berlin. (Funkspruch.) Die Besprechung der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister, die ursprünglich am Freitag, den 19. Februar stattfinden sollte, ist auf Mittwoch, den 21. Februar, verschoben worden.

Die Agrarfrage.

vdg. Berlin. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde am Dienstag die Beratung der Agrarfrage fortgesetzt. Nachdem Staatssekretär Gagedorn eingehend den Entwurf zur Aufrechterhaltung der Reichsgetreidebestände begründet hatte, verbreitete sich Abg. v. Demin (Dnt.) über die Notlage der Landwirtschaft. Selbsthilfe als Ausfluß freier Wirtschaft habe die freie Wirtschaft zur Voraussetzung. Eine solche müsse sich aber auch auf den Abfall der Produkte erstrecken. Tatsächlich bestimme aber heute kein Landwirt seinen Preis. Der Rechner kritisierte die Handelsvertragspolitik und betonte, daß heute von Seiten des Reiches 20 bis 25 Millionen dringend nötig seien, um den Kartoffeln verarbeitenden Industrien die weitere Fortführung der Betriebe zu ermöglichen. Der Getreidemarkt werde durch die Spekulation zu ungunsten der Landwirte beeinflusst. Die größte Schwierigkeit schiene in der Dauer der Reichsgetreidebestände zu liegen; eine Steigerung des Roggenkonsums wäre auf dem Wege der betreffenden Vorlage nicht zu erreichen. Kein Landwirt wünsche den Übergang zur extensiven Wirtschaft. Vor allen Dingen müsse der Staat für eine Stabilisierung der Preise sorgen. Es sei Aufgabe des Reiches, den Auswüchsen beizukommen, die ohne innere Berechtigung Preissteigerungen herbeiführten. Die Frage eines Einfuhrmonopols dürfe man nicht parteipolitisch behandeln.

Zur Erörterung der Fragen des Abjages landwirtschaftlicher Produkte und des Kredits für den gewerblichen Mittelstand wurden besondere Unterausschüsse eingesetzt.

Die Luftfahrtverhandlungen.

vdg. Berlin. Ueber die Luftfahrtverhandlungen in Paris wird eine Meldung verbreitet, wonach Deutschland den Fortbestand der Kontrolle über die deutsche Luftfahrt zugesprochen habe und die Postfachverträge mit Frankreich insoweit mit dem Antrag Frankreichs befaßt werde; die bisherigen Beschränkungen der deutschen Luftfahrt außer Kraft zu setzen, aber die dauernde Ueberwachung einzuführen. Diese Meldung wird von zuständiger Stelle als falsch bezeichnet, da das Ziel der Verhandlungen in Paris nicht nur die Aufhebung der Beschränkungen, sondern auch die Beseitigung der Kontrolle ist.

Der Bahnhof Eger.

Berlin. Wegen Abtretung des Bahnhofes Eger an die Tschechen stehen, wie wir hören, Verhandlungen bevor.

Berlin. Nach einer Meldung des Wilsener Tageblattes sollen die Verhandlungen, die die tschechische Eisenbahnverwaltung mit der Verwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft wegen des Bahnhofes Eger führt, vor dem Abschluss stehen. Das Abkommen soll dahin lauten, daß die Reichsbahnverwaltung der tschechischen Eisenbahnverwaltung den Bahnhof Eger überläßt, worauf sie den Bahnhof Furtb im Walde und außerdem einen Betrag von 32 Millionen Kronen erhalten soll. Die Tschechoslowakei ist auch bereit, weitere drei Millionen Kronen mehr zu zahlen, wenn ihr die Besorgung des lokalen Verkehrs von Eger nach Deutschland eingeräumt würde. Auf diese Weise würden über tausend deutsche Eisenbahner Eger verlassen haben und an ihre Stelle würden ebensoviele tschechische Eisenbahner treten, wodurch die Tschechisierung der Stadt Eger beschleunigt würde.

Derliches und Städtisches.

Mieſa, den 17. Februar 1920.

Wettervorhersage für 18. Februar. (Mitgeteilt von der Städt. Landeswetterwarte zu Dresden.) Sehr veränderliche Bewölkung. Wetter bis fast bewölkt, nur vereinzelt unbedeutende Regenfälle. Temperaturen schwankend, etwa zwischen 3 und 8 Grad Wärme. Windland mäßige südliche bis südwestliche Winde, aber gegen südliche bis westliche Winde. — Witterungscharakter der nächsten Tage: Einzelnen für eine wesentliche Veränderung des Witterungscharakters noch nicht vorhanden.

Daten für den 18. Februar 1920. Sonnenaufgang 7,10 Uhr. Sonnenuntergang 5,19 Uhr. Mondaufgang 10,07 Uhr. Monduntergang — Uhr. — 1564: Martin Luther in Wittenberg geb. (geb. 1483). 1564: Der Bildhauer und Maler Michelangelo Buonarroti in Rom geb. (geb. 1475). 1808: Der Dichter Joh. W. v. Goethe, Klein in Galtzheim geb. (geb. 1719). 1857: Der Maler, Bildhauer und Bildhauer Max Klinger in Weipzig geb. (geb. 1820). 1918: Beendigung des Waffenstillstandes an der russischen Front. Die Deutschen besetzen Danaburg und Aua.

Gandelsperre auch im Stadtbezirk Mieſa. Infolge vorangekommener Zollverfahren in Seerhausen und Gleschitz ist auch über den Stadtbezirk Mieſa einsehr. der Stadtteile Gröba, Merzdorf und Weiba die Gandelssperre verhängt worden. Auf die Befreiung des Handels der Stadt im vorliegenden amtlichen Teil wird besonders hingewiesen.

Kirchliche. In der Kirchengemeinde von Mieſa sollen dieses Jahr die Passionswochengebeten wieder eingeführt werden, die während des Krieges wegen der Kriegsanstrengungen und in der Nachkriegszeit aus Mangel an Beiamitteln ausgefallen sind. Der erste dieser Gebete findet nächsten Freitag abends 7 Uhr statt. — Verſt. die Kirchennachrichten in der heutigen Nummer.

Lehrer Kinder-Karneval. Die Bitte, am Fastnachtsabend harmlose Tollheiten zu treiben, läßt sich nicht ganz aus der Welt schaffen. Sie hat sich sogar bei der Schuljugend in den letzten Jahren recht beliebt gemacht. Der gestern in den Nachmittags- und zeitigen Abendstunden auf den Straßen weilt, konnte überall Kindertruppen beobachten, die sich an dem lustigen Karnevalstreiben beteiligten. Unter ihnen befanden sich maskierte und verkleidete Typen, die natürlich Aufsehen erregten. Man ließ der Jugend gern die Zügel schießen in der Ueberzeugung, daß der Spah, den sie sich selbst bereitet, der beste ist und daß des Lebens bitterer Ernst Zeit genug an sie herantritt. — Das Karnevalstreiben der Kinder blieb aber nicht auf die Straßen und Plätze beschränkt, sondern auch die Geschäftsläden wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Kinder gehen oft irrtümlich von Laden zu Laden, um dort um Gaben anzusprechen. Wenn auch mancher Geschäftsinhaber den ersten der kleinen „Bettler“ gern eine bescheidene Spende ausgereicht und sich mit den Kindern gefreut hat, so wurde doch das immer stärkere Ueberhandnehmen der jugendlichen Vorprescher schließlich belästigend empfunden. Das Aufsuchen der Geschäftsläden möchte also bei ähnlichen Anlässen von den Kindern lieber vermieiden werden, will man nicht den Erwachsenen den Spah an dem fröhlichen Kinderstreiben verderben.

Polizeibericht. Die am Sonntag, den 14. 2. 20 nachmittags am rechten Elbufer in Promnitz aus der Elbe geborgene tote Frau wurde als die seit Sonnabend, den 13. 2. 20 mittags vermißte ledige, seit etwa einem Jahre hiesigen Clara Clara Elise Schmidt geb. am 2. 7. 1871 in Danzig, wohnhaft in Dresden-K., Kommtusstraße 85, festgestellt. Die Verwandten vermuten, daß sie Selbstmord begangen hat, um ihren Verwandten nicht länger als Erwerbshilfe zur Last fallen zu müssen. Stellung hätte sie trotz vieler Bemühungen nicht bekommen. Sie hatte zuvor längere Jahre eine bessere Stellung als Empfangsdame inne.

Selbstmordversuch. Gestern nachmittags versuchte sich der im Stadtteil Weiba wohnhafte Lokomotivführer H. durch Einweichen von Arsenit zu entleiben. Er wurde auf ärztliche Verfügung nach dem Krankenhaus gebracht. Lebensgefahr scheint abzuwenden.

Beitrag Kleinstraßen. Die Zeit für die Beschaffung von Erkennungszeichen für Kleinstraßen und für die Umschreibung der nach der Reichsverordnung vom 5. 12. 1919 nicht mehr zu dieser Gattung gehörenden Fahrzeuge auf die Klasse der Kraftwagen und die Erwerbung von Führerscheinen läuft am 28. Februar 1920 ab. Es wird dringend empfohlen, die erforderlichen Sachverständigen-Gutachten und Prüfungsbescheinigungen rechtzeitig zu beschaffen, um infolge des üblichen Andranges in den letzten Tagen vor Fristablauf erfahrungsgemäß eintretende Verzögerungen zu vermeiden. Für den Bereich des Polizeipräsidiums Dresden und der Kreisbauhauptmannschaft Dresden ist die amtlich anerkannte Sachverständigenstelle für die Ausstellung von Gutachten für die Zulassung von Kraftfahrzeugen und für die Abnahme von Kraftfahrzeugführerprüfungen das Institut für Kraftfahrwesen, Dresden, Seimbölsstr. 7.

Kittelfahnenmeldung noch am 1. März. Die bis zum 28. Februar laufende Kattelfahnenmeldung zur Aufwertung des Kittelfahnen der Papiermarke des Reiches und der Länder ist bis zum 1. März verlängert worden, da der 28. Februar auf einen Sonntag fällt. Eine weitere Fristverlängerung kommt nicht in Frage.

Vermögenssteuer Vorauszahlungen am 15. Februar betr. Am 15. Februar 1920 war eine Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer 1920 in Höhe von einem Viertel der zuletzt festgestellten Jahressteuer zu leisten. Diese ist an sich die nach dem Stande vom 31. Dezember 1919 festgestellte Jahressteuer für 1920. In der Presse ist verschiedentlich mitgeteilt worden, der Zahlungspflichtige sei berechtigt, seine Vorauszahlung auf ein Viertel der nach dem Stande vom 31. Dezember 1920 zu berechnenden Jahressteuer für 1920 zu ermäßigen, wenn der Jahressteuerbetrag für 1920 voraussichtlich wesentlich hinter dem der nach dem Stande vom 31. Dezember 1919 festgestellten Jahressteuerbetrag liegt. Demgegenüber weist die Handelskammer Dresden darauf hin, daß der Vermögenssteuerpflichtige nicht ohne weiteres zu einer derart geminderten Vorauszahlung berechtigt ist. Er muß vielmehr nach § 15 Abs. 4 des Vermögenssteuergesetzes die Verminderung seines Vermögens glaubhaft machen und ausdrücklich beantragen, ihm gemäß Abs. 3 den Unterschiedsbetrag bis zur Zahlung des Vermögenssteuerbetrags für den neuen Hauptveranlagungszeitraum zu stunden. Auf eine solche Stundung hat er dann allerdings einen Rechtsanspruch. — Uebrigens hat der Deutsche Industrie- und Handelsverein beim Reichsfinanzministerium die Einschiebung des Vermögenssteuertermins auf Anfang April beantragt.

Jahreshauptversammlung der Festschule Mieſa. Am vergangenen Sonntag fand die Hauptversammlung des Wohltätigkeitsvereins „Festschule“ in Weipziger Mieſa statt. Obwohl immer durch Feiertage zu dieser Versammlung eingeladen wird, finden sich außer dem Vorstande doch nur wenige von den über 500 Mitgliedern ein. Man sollte meinen, jedes Mitglied müßte ein Interesse daran haben, in dieser Versammlung zu erfahren, was mit den Geldern, die der Verein sammelt, geschieht usw. zu welchen Zwecken sie verwendet worden sind. Am Sonntag legte nun der erste Kassierer Herr Claus wieder Rechenschaft ab über Einnahmen

und Ausgaben des Vereins. Und so mancher wollte interessiert sein, was er vernahm, daß im vergangenen Jahre über 1200 Mark für wohltätige Zwecke ausgegeben worden sind. Darin sind enthalten über 800 Mark für Unterhaltung von bedürftigen Kindern in das Ferienheim der Festschule Mieſa. Der Rest entfällt auf 400 Mark für Unterhaltung von bedürftigen Kindern in das Ferienheim der Festschule Mieſa. Das Rechnungswert war von den Herren Kassierern H. Müller und H. Schneider geleitet. Es ergab sich, daß die Festschule Mieſa im vergangenen Jahre einen Überschuss von 1000 Mark erzielt hat. Der Kassierer Herr Claus berichtete, daß die Festschule Mieſa im vergangenen Jahre einen Überschuss von 1000 Mark erzielt hat. Der Kassierer Herr Claus berichtete, daß die Festschule Mieſa im vergangenen Jahre einen Überschuss von 1000 Mark erzielt hat.

Filmschau. „Dana-Mischspiel (Dauer 11): „Gugus Bettauer als Filmstar.“ Der plötzliche und seinem Schaffen gewidmete Wiener Schriftsteller Gugus Bettauer hat mit seinen Romanen wertvolle und erfolgreichere Filmstoffe geschaffen. Während im vorigen Jahr die Verfilmung seines Buches „Die fremde Waise“ in ganz Europa große Triumphe feiern durfte, kommt in dieser Saison sein Roman „Der Herr auf der Galgenleiter“ im Rahmen der Fox-Europa-Produktion zur Verfilmung. Auch hier handelt es sich bekanntlich um eine Geschichte aus der Infanteriezeit, die von Bettauer mit Vorliebe und mit größter Realität gezeichnet wurde. Wieder werden wir in die Schützengasse, in die Infanteriebanden und in die Salons der Reichsbeamten geführt. Wir erleben das Schicksal eines jungen Reichsbeamten, der an den rassen Gewinnen der Infanterie nach, sich losreißen in gewagte Spekulationen einläßt, ein Nervenvermögen erlangt, um es aber Nacht zu verlieren. Oder sollte doch im letzten Moment ein rettender Engel erscheinen, der den verbliebenen Spekulant vor dem Ruin bewahrt? Wir wollen diesem neuen, vieldarstellenden Film keine Punkte vorwegnehmen. Alfred Abel als spezialisierter Reichsbeamter, Margarete Schlegel als schicktes inmaliges Bürgermädchen, Margarete Kupfer und Hermann Wiska als inflationserreichtes Provinz-Gehelpen — das sind die Stützen des Ensembles. Voul Worgan im Schützengasse, Karl Wey als Pfandwucherer werden in scharf umrissenen Typen wirken. Die Regie führt Dr. Paul Herzog, der auch das Manuskript bearbeitet hat. Die künstlerische Oberleitung wurde Friedrich Zell, dem Mitmacher der deutschen Erfolgsfilme, anvertraut. Der Film erscheint in Deutschland unter dem Titel: „Der Bankrott unter den Linden.“

Um das Berufsdiplom. Die Deutsche Industrie, das Organ des Verbandes Deutscher Industrieller, wendet sich in ihrer letzten Nummer gegen die vor einiger Zeit erlassene Verordnung von Reich und Senat der Technischen Hochschule Dresden, die sich für die Unterstellung des Berufsdiploms unter das Volksbildungsministerium andrückt und tritt erneut für die Beibehaltung des Berufsdiplomministeriums als Aufsichtsorgan für die Berufsdiplome ein.

Die Kirche wehrt sich! Der Episcopale Ausschuss für Presseangelegenheiten in der Episcopale Konferenz veröffentlichte eine Erklärung zum Volksstraßentag, in der es heißt: „Welle Kreise des Volkes, auch solche, die niemanden durch den Krieg verloren haben, stehen mit großem Befremden der Tagesgegenstände, daß der Volksstraßentag nicht dem ganzen Volke als stiller Tag zugunsten sein soll. Ihrer Meinung nach sind bei einem Volke, wie unserem, in dem Arbeitslosgeld und eine Fülle von Not herrscht, der Vergnügungen an und für sich schon zu viele, als daß sie am Volksstraßentag wenigstens nicht einmal entbehrt werden könnten. Am bestreblichsten aber ist, daß der Volksbund Deutsche Kriegergräberfürsorge, der den besonderen Volksstraßentag angeregt und durchgeführt hat, sich nicht mit aller Macht dafür einsetzt, daß durch Reichsverordnung dieser Sonntag als stiller Sonntag festgelegt werde. Wenn der Volksbund das nicht wollte oder konnte, dann wäre es besser gewesen, er hätte sich damit begnügt, das weiter, wie schon in den ersten Jahren nach dem Kriege, der Bekleideten an Totensonntag mit gedacht werde. Es ist unverständlich, wie der Volksbund seine Stellung zu den uneingeschränkten Vergnügungen am Volksstraßentag mit seinem Bekenntnis in Einklang zu bringen vermag. Ein Volk, das seine Toten vergißt, hat das letzte an innerer Ehre verloren.“ Ein besonderer Volksstraßentag muß Trauertag für das ganze Volk sein und denen, die seinen Sinn für einen solchen Trauertag haben, mit Rücksicht auf die Trauernden und auf die nötige Pflege des Gedächtnis für eine Volksehre, als stiller Tag aufzuheben. In solcher Weise angeschlossen, kann das sich ein besonderer Volksstraßentag erkräftigen.

Bei der Aufsichtsbekanntmachung des Bezirks-Kaufmanns über einen Fall, der die Öffentlichkeit stark beschäftigt. Für liegen mehrere Anfragen aus dem Bezirk vor, auch kommen die unkontrollierbaren Gerüchte zu Ohren, so daß eine Anfrage bei der zuständigen Aufsichtsbekanntmachung als der geeignete Schritt zur Aufklärung der Angelegenheit erscheint. Dort wird über von einem Beamten, der die Aufsichtsbekanntmachung rundweg abgelehnt mit dem Bemerkten, man habe keine Veranlassung, die Angelegenheiten der Presse mitzuteilen. Die betr. Zeitung wird in Zukunft diese Verbote nicht wieder mit Anfragen belästigen, sie wird sich aber sehr überlegen müssen, ob sie fernerst bereit sein kann, spaltenlange Artikel, die ihr unter Umgehung des Instanzenteils mit dem „Eruchen“ am bestenfalls Veröffentlichung zugelassen werden, anzunehmen. Schließlich handelt es sich auch in solchen Fällen um dienstliche Angelegenheiten, für deren Verwendung umgekehrt die Zeitung keine Veranlassung hat. — Man sollte mehr Wert auf ein Zusammenwirken von Bezirk und Presse legen. Nicht jedes Vorwissen ist zur Veröffentlichung geeignet, das weiß eine Zeitung aus eigener Praxis. Dann verständlich man sich mit ihr und sie wird sich entsprechend darnach richten. Solch unbilliger Ton aber, dessen sich ein höherer Beamter in oben angeführter Weise gegen die Presse bedient, gerührt das Vertrauensverhältnis und schafft Gegenstände, die in der heutigen Zeit des allgemeinen Aussehens der Presse vermieden werden sollten.

Die Reichsgesundheitswoche auf dem Marsch. Die aus den dem Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung in Berlin ausgehenden Mitteilungen ersichtlich ist, hat der Gedanke der Reichsgesundheitswoche in allen Teilen des Reiches einen starken Widerhall gefunden. Hunderte von Ortsausstellungen haben sich bereits gebildet und sind in lebhafter Tätigkeit. Trodem von

manchen Seiten heran hingeworfen wurde, daß bei der außerordentlich schwierigen Wirtschaftslage mit einem Wagnis getrieben werden müßte, hat sich doch bei dem Reichsausschuß der Gedanken der Gesundheit bezogen, daß kein Geld besser angewendet ist, als das für die Gesundheitspflege und besonders für die hygienische Volksbelehrung angewandt. Besonders freundlich ist das vorwiegend in Zusammenarbeit aller in dieser Frage beteiligten Kreise zu begrüßen. So haben erst kürzlich wieder die Sozialversicherungsleiter, im Sonderdienst die Krankenkassen, erneut ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit geäußert und ihren Unterorganisationen die dringende Beteiligung dringend nahegelegt. Auch die Tätigkeit der Konfessionen hat sowohl durch den evangelischen Oberkirchenrat wie den Bischöflichen Rat von Breslau, Kardinal Vertram, ihr Einverständnis erklärt. Durch das preussische Kultusministerium ist ein Erlaß an sämtliche Schulen ergangen, der den Lehrern beim Schluß der Unterrichtung an dieser patriotischen Aufgabe empfiehlt. Um den Ortsausstellungen eine Ueberfahrt über die während der Reichsgesundheitswoche verwendbaren Filme zu geben, findet vom 22.—25. Februar im Kaiserin-Friedrich-Haus, Dultplatz 3—4, eine Filmschau statt.

Schiffahrt. Die Schiffahrt des Reichsverbandes Deutscher Kriegsschiffahrter und Kriegsschiffahrter in Plauen. In den Tagen vom 8.—11. Mai & 3. wird in Plauen i. S. der Schiffahrt im Reichsverband Deutscher Kriegsschiffahrter und Kriegsschiffahrter tagen. Damit wird zugleich der 1. Schiffahrt-Kongress — nicht zu verwechseln mit dem allgemeinen Volkskongress — und das 10jährige Bestehen der Ortsgruppe Plauen gefeiert. Plauen war eine der ersten Ortsgruppen, die sich innerhalb des Reichsverbandes gebildet haben. Außer den geschäftlichen Beratungen sind eine Reihe von Veranstaltungen — Begrüßungsbund und große Gedenkfeier auf dem Hauptfriedhof mit Kranzüberlegungen — auch auf dem anderen Friedhöfen — vorgesehen. Weiter sind außer Fahrungen in die Umgebung Plauens eine Besichtigung im Städtischen Theater und bei genügender Beteiligung am Dienstag ein Ausflug mit Sonderzug nach Bad Elster geplant.

Ueber 14 Millionen Kriegshinterbliebene. Kriegshinterbliebene gibt es nach einer Berechnung des Reichsausschusses 14 007 125; 264 950 Witwen mit Hinterbliebenen, 6845 Empfängerinnen von Witwenrenten, 922 486 Halb- und 65 486 Vollwaisen mit Hinterbliebenen, 2908 Empfänger von Halbrenten, und 100 000 Vollrentenempfänger, 121 187 Elternrenten und 21 807 Elternrenten. Auf 100 Kriegshinterbliebene kommen 222 Hinterbliebene, auf 100 Bekannte und Bekannte des Weltkrieges kommen nicht weniger als 267 Hinterbliebene. Die meisten Hinterbliebenen gibt es in Wiesbaden mit 108 021 oder 84 auf 100 der Bevölkerung, dann in Thüringen mit 62 260 oder 22,7 v. T., Oberhessen 42 292 oder 30,4 v. T. Die wenigsten befinden sich verhältnismäßig im Rheinland mit 146 981 oder 20,5 v. T., in Westfalen 100 587 oder 21,5 v. T., und in Württemberg 65 995 oder 21,4 auf 1000 der Bevölkerung.

Die gewerkschaftlichen Angelegenheiten gegen das Gemeindefestimmungsrecht. Der den Christlich-nationalen Gewerkschaften angehörende Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angehörigen wendet sich in einer ausführlich begründeten Eingabe gegen das Gemeindefestimmungsrecht, das als Vorläufer für ein gesetzliches Alkoholverbot bezeichnet wird. In der Eingabe wird die Schaffung eines dem Gewerbe und den wirklichen Interessen der Allgemeinheit angepaßten Sanitätsgesetzes gefordert unter besonderer Berücksichtigung der persönlichen Zuverlässigkeit des Konzeptionsinhabers. Bei Erstellung von Konzessionen sollen die aus dem Gewerbe hervorgehenden Personen in erster Linie berücksichtigt werden.

Bezug von Sabalen aus der Unterelbe. Die wir von der Presse der Landwirtschaftskammer erfahren, vermittelt der Deutsche Fischereiverein auch in diesem Jahre wieder den Bezug von Sabalen aus der Unterelbe. Diese Sabale werden nicht unter einem halben Zentner abgegeben. Meldungen an den Sächsischen Fischereiverein in Dresden-K., Sidonienstraße 14.

Schlichterforderungen im Konkurs. Für die Angehörigen und Arbeiter bildet das Dienstverhältnis in der Regel die einzige Einkommensquelle. Mit vollem Recht hat daher der Gesetzgeber für den Fall der Zahlungsunfähigkeit und Konkursöffnung in § 61 der Konkursordnung die Gehalts- und Lohnrückstände an die erste Stelle der zu befriedigenden Forderungen gestellt. Mit dieser Bevorzugung allein ist jedoch, wie sich gezeigt hat, dem Arbeitnehmer wenig geolien. Der Gewerkschaftsbund der Angehörigen hat deshalb beim zuständigen Ministerium gefordert, ergänzende Bestimmungen zu beschaffen, nach denen der Konkursverwalter verpflichtet sein soll, die Forderungen der nach § 61 Ziffer 1 bevorrechtigten Gläubiger mindestens in Höhe der Hälfte der zur Befriedigung stehenden Mittel unverzüglich auch dann zu befriedigen, wenn die Gesamtsumme der bevorrechtigten Forderungen noch nicht festgesetzt ist. Im Zusammenhang beantragt der D.V.N. weiter, daß die Provisionsforderungen und Auslagen der nicht im Dienstverhältnis stehenden Provisionsreisenden und Handelsvertreter den Lohn- und Gehaltsforderungen im Sinne des § 61 Ziffer 1 gleichgestellt werden.

Gegen den Revolutionsstreik. Der Verein Dresdener Handelsvertreter sendet eine Eingabe an das Finanzministerium, in der ausgeführt wird: „Die Dresdener Kaufmannschaft hat den Antrag gestellt, den 8. November in Zukunft nicht mehr als sächsischen Feiertag zu bezeichnen. Der Verein Dresdener Handelsvertreter schließt sich auf Grund des einstimmigen Beschlusses seiner Jahreshauptversammlung vom 8. Februar 1920 diesem Antrag an. Unser Verein macht die von der Dresdener Kaufmannschaft erfolgte Begründung zu seiner eigenen und gestattet sich, vom Standpunkte des Handelsvertreter noch besonders darauf hinzuweisen, daß seine Mitglieder (über 800) und die ihm nicht angeschlossenen Berufsangehörigen durch die Feiertage des 8. November im Gegensatz zu allen anderen Bundesstaaten verhindert sind, an diesem Tage im Freizeitgeschäft zu arbeiten, also zu ihrem Recht das nicht tun dürfen, was anderen deutschen Staatsangehörigen erlaubt ist. Wenn der sächsische Handelsvertreter seinen Gehältern nachgeben will, wie es die Not der Zeit gebieterisch fordert, dann muß er, sofern sein Vertrag mit dem von ihm vertretenen Hause es überhaupt zuläßt, nach anderen deutschen Bundesstaaten fahren, um nicht ohne Verdienst zu sein und gegen seinen Willen zu Hause sitzen und fern zu müssen. Vertreter, die vertraglich nur im Freizeitgeschäft das den nötigen können, verlieren einen Arbeitstag, was angesichts der Tatsache, daß andere deutsche Kollegen ungehindert ihren Geschäften nachgehen können, gar nicht zu veranlassen ist. Sollen die sächsischen Handelsvertreter ihre Gehälter auf ein Einkommen aus Erwerb angewiesen ist auf das Einkommen aus Erwerb angewiesen. Allgemeine für das ganze Reich geltende gesetzliche Bestimmungen können, abgesehen von allen dagegen sprechenden gewichtigen Erwägungen, letzten Endes hingenommen werden. Unerträglich und schädlich für den einzelnen Bundesstaat werden aber alle Verordnungen, die sich auf den Bundesstaat beschränken und für die Bürger anderer, benachteiligter Bundesstaaten nicht gelten. Das deutsche Volk hat keine Veranlassung, durch die Verweigerung der Feiertage gegenüber den allen herkömmlichen sich selbst zu schädigen, und der rein industriell eingestellte Freizeitgeschäft erhebt nicht. Unser Verein, der Mitglied der Zentralverband Deutscher Handelsvertretervereine (Zentralverband Deutscher

Handelsschiffen) ist, daß auch hinsichtlich des Handels, auch im Einzelnen, die meisten dieser Fälle des 8. November sofort eingeleitet, weil in die Angelegenheit der Besatzung, die auf Erwerb und Besatzung und Handel angewiesen ist. Diese Mitglieder wollen nicht ihren anderen Angelegenheiten gegenüber geschädigt werden durch eine gefahrdrohende Verurteilung, die im jüngsten Deutschen Reich und in Sachsen von teilweise Anklagen gefunden hat.

Frau Krieger und der Mordanschlag. Wie noch erinnert, hat der Landtagsabgeordnete Krieger auf Anträge in der Presse am 20. Dezember 1898 im Landtag eine Erklärung abgegeben, daß er in seiner Weisheit bei der Anklage der Frau Krieger als Negativbeispiel nicht gewirkt habe. Als das Disziplinungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden war, hat er am 18. April 1899 diese Erklärung vor dem Untersuchungsrichter wiederholt und ausdrücklich hinzugefügt, daß er sich nicht einmal geäußert oder gelächelt habe mit einem Richter über die Anklage der Frau Krieger unterhalten habe. — Wie wir hören, ist jetzt in Regierungsstellen ein Brief von Frau Krieger an den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Seiwert angekommen worden, in dem Frau Krieger schreibt, daß sie sich infolge des Todes ihres Mannes eine Erklärung machen müsse und wiederholt erklärt, daß der Genuß Krieger wegen ihrer Anklage bereits mit dem Ministerpräsidenten Rücksprache genommen habe. — Herr Krieger wird nicht ungenutzt sein, sich zu diesem Briefe, der zu seinen Verheerungen in großem Widerspruch steht, zu äußern.

Gegen die Verlegung der Forstlichen Hochschule Tharandt. Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Dresden haben, wie der „Dresdener Anzeiger“ meldet, zur Denkschrift der Forstlichen Hochschule Tharandt gegen eine Verlegung der Hochschule Stellung genommen und die Denkschrift zusammen mit einem Begleitwort dem Ministerium für Volksbildung vorgelegt, während die Forstliche Hochschule ihrerseits das Finanzministerium von den Vorgehens in Kenntnis setzte. Die Wünsche der Forstlichen Hochschule Tharandt decken sich nach dem genannten Blatt vollkommen mit den Wünschen der Technischen Hochschule Dresden.

Bausaison und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit hat auch im Baugewerbe einen bedrohlichen Umfang erreicht. Eine Besserung der Lage des Baugewerbes ist zu erreichen, wenn alle in Betracht kommenden Stellen sich einschließen, die Bauarbeiten, die jetzt schon ausführbar sind und in kurzer Zeit doch ausgeführt werden müssen, sofort in Angriff zu nehmen. Das sind vor allem die Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten im Innern der Gebäude, die von der Witterung nicht allzu sehr beeinträchtigt werden. Die sofortige Inangriffnahme dieser Arbeiten liegt im Interesse aller Beteiligten. Bei dem Ueberangebot an Bauarbeitern ist die sofortige Durchführung der Arbeiten gefordert, während im Sommer durch die Inangriffnahme der Bauarbeiten für Neubauten naturgemäß Verögerungen bei den Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten eintreten müssen. Es liegt aber auch im allgemeinen Interesse, die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge, die in letzter Linie von allen Staatsbürgern getragen werden, zu vermindern. Dieser Gesichtspunkt muß für die öffentlichen Stellen (Reich, Länder und Kommunen), die Bauarbeiten zu vergeben haben, von besonderem, ja ausschlaggebendem Interesse sein.

Rohwein. Ein Erbschaft hat sich hier der 19jährige Pächter Scholz, Altersgenossen, die mit ihm die hiesige höhere Deutsche Fachschule für Eisenkonstruktion besuchten, brachten ihn nachts schwer betrunken nach Hause. Als sie sich kaum entfernt hatten, fielen die Schöße, Scholz war der einzige Sohn einer Witwe in Marienwerder.

Wolfsheim. Die Schuhfabrik Adolf Heller hier bestand am Montag 40 Jahre. Sie wurde als erste der heute zahlreichen Schuhfabriken am 15. Januar 1858 von Adolf Heller aus Dresden an der Schützenstraße gegründet und entwickelte sich so schnell, daß der Betrieb schon 1869 vergrößert und nach einem größeren Neubau an der oberen Weinbergstraße verlegt werden mußte. 1896 und 1900 erfolgten weitere umfassende Vergrößerungsarbeiten. Der Gründer Adolf Heller starb bereits 1911, ein halbes Jahr nach der Feier des 50jährigen Bestehens der Firma. Er stammte aus Böhmisch-Teplitz in Nordböhmen. Seine Gattin ist aus Wehrsdorf in der Oberlausitz gebürtig, ihr Bruder Paul Thomas ist Kantor in Weichsel bei Döbeln. Die Nachfolger des Gründers in der Geschäftsleitung trat sein Sohn Willy Heller an, der sein Augenmerk auf die Herstellung seiner Schuhwaren für Damen und Kinder richtete. Ihm zur Seite stehen seine Mutter und bewährte Mitarbeiter.

Dresden. (Faschingstreifen.) Der Besuch des Storchhäuptlings im Neuen Rathhaus ist doch von nachhaltiger Wirkung gewesen, als die meisten ahnten. Oder hat man je so viele Indianerackel und Comboys durch die Straßen Dresdens hindurch sehen, wie am Faschingabend? Indianerackel ist jetzt an der Tagesordnung, und zu Faschingszeiten hatte man sich besonders kriegerisch aufgeführt. Schon in den letzten Nachmittagsstunden begannen sich die Profanen, Stolz und wie sie alle heißen, auf den Kriegspfad, mit möglichst buntem und reichem Schmuck angezogen und möglichst großer Bemalung versehen. In den Vororten und auf den Hauptstraßen und Plätzen der Stadt war in den Nachmittagsstunden das Faschingstreifen der Jugend am tollsten. Man sah dabei reizende Bilder. Die Indianer und Comboys machten hauptsächlich die Verwirrungen und Balala den Rang streitig. Es war ganz köstlich, zu sehen, was für Dreckschicks sich in Verwundung auf der Straße amüsierten. Auf dem Klammert war aufeinander einer der Hauptknotenpunkte der jugendlichen Mäcker, man demütigte sich dort gegenseitig und lieferte sich Wirtschens- und Konfliktkämpfe. In den Abendstunden gefühlte sich auch Erwachsene an dem Nummernhaus, bis schließlich in der inneren Stadt ein lustiges Gewoge von tollkühnen Verleuten und Zuschauern herrschte. Eines wurde hatte man mehrfach mit einem kleinen Mädchen, einem Mieder und Hüßchen versehen, und es gab die allerliebsten Szenen, wenn sich Luz und Genta, Waldmann und Jor, begrüßten. Leider war das Wetter nicht gerade günstig, es nieselte zuweilen fein, und so gab es auf den Straßen blauen Lagen einen köstlichen Teil von ausgebeuteten Konflikt und Aufstachelungen. Lustig wie auf den Straßen ging es abends auch in den Vergnügungsräumen zu. Auf den Wastendällen und Rollbahnen herrschte arges Geklingel und auch sonst vergnügte man sich meistens bei Musik und Tanz. Die Theater gaben dem Tage ausgewählte Stücke, die vielfach mit besonderen humoristischen Einlagen ausgeschmückt waren, ja das Publikum hatte überaus bereitwillig von der Aufführung eines Theaters, föhmiert im Bühnenraum erscheinen zu dürfen, Gebrauch gemacht.

Dresden. Das Presseamt des Polizeipräsidenten berichtet, daß dem Polizeipräsidenten bei der letzten Begleitwache Wolf I für die große Umficht, die er bei Einfangen eines tollkühnen Quades bewiesen hat, die besondere Anerkennung seiner vorgelegten Verdienste ausgesprochen, auch die Bewilligung einer Geldbelohnung an ihn dem Ministerium des Innern beantragt worden ist. Dem umfichtigen Verhalten des Beamten, der persönliche Gefahr nicht scheute, sie es zu verdanken, daß das Tier nicht noch weiteren Schaden angerichtet hat.

Zauscha. Am letzten Freitag ging hier ein aus Dresden kommender Ausfallswagen nieder. Er sollte für eine Dresdener Fabrik Eisenwagen vornehmen. Dabei ist er mit der elektrischen Hochspannung in Verbindung gekommen.

Das Fahrzeug war gekommen, das Wolf zu durchschneiden. Er trieb bis hierher, wo es endlich gelang, zu landen. — Dem Unfalltod in den Tod gekommen in Sonntag früh die hier beim Hüttenbesitzer W. W. als Stubenmädchen in Stellung bestellte ledige 36 Jahre alte Margarete Meyer aus Bismarck. Man fand sie auf dem Oberboden des Hüttengebäudes tot.

Bausen. Im Alter von 66 Jahren verstarb nach längerem Leiden der Direktor der Landwirtschaftlichen Lehranstalt Bausen, Oberlandwirtschaftsrat, Oekonomierat Prof. Dr. Hermann Gröbe in einem Jütener Sanatorium, wo er Genesung suchte. Gröbe war deutscher Kind, und war seit 1902 Direktor der Landwirtschaftlichen Lehranstalt und Geschäftsführer des Landwirtschaftlichen Kreisvereins für die Oberlausitz. Um die Bausen Landwirtschaft hat er sich unvergängliche Verdienste erworben. Im Weltkrieg haben zwei seiner Söhne den höchsten Grad erlitten. Gröbe war eine der prominentesten Persönlichkeiten in seiner Bausen Heimat.

Au unsere Postabonnenten!

Nur bis zum 25. Februar können die Postbesitzer das „Neuer Tagblatt“ für den regulären Postbezugspreis von 2,50 Mark (inkl. Postgebühr) für den Monat März beziehen.

Bei einer nach dem 25. Februar ausgegebenen Zeitungsabrechnung erhebt die Post eine besondere Gebühr von 20 Pfennigen. — Es liegt demnach im eigenen Interesse der Postbesitzer, die Bestellung des „Neuer Tagblattes“ bei dem Briefträger oder der zuständigen Postanstalt sofort zu veranlassen.

Bittau. In dem Konflikt zwischen Kirchenvorstand und Kirchenchor wird vom Kirchenvorstand mitgeteilt: In den Veröffentlichungen über die Abwesenheit des Organisten und Organistenchors am Hauptgottesdienst in der St. Johannis Kirche vom 7. Februar und fernherin, muß der Kirchenvorstand angesichts der zahlreichen unrichtigen Gerüchte Stellung nehmen, soweit die Angelegenheit überhaupt spruchreif und für ihn aufzuleisten ist. Es überwiegen Erörterungen und Verhandlungen über eine gegenüber dem bisherigen unbilligen Zustand vollkommen neue und angemessene Regelung der Verhältnisse des Chores, insbesondere seiner Stellung zur Kirche, die sich auch mit finanziellen Fragen befaßt. Sie erscheinen jetzt überflüssig, nachdem die Choristen nicht zum Dienst erschienen sind, ohne daß der Kirchenchor irgend eine Nachricht über das bestmögliche Ausbleiben, insbesondere eine Kündigung, erhalten hätte. Das heißt, wenn sie in letzter Zeit geblieben wäre, ordnungsgemäß erfolgt und die Kündigung nicht eingeleitet worden wäre, würde überdies nicht zutreffen.

Chemnitz. In dem Verbandsrat in der Bismarckstraße wird jetzt mitgeteilt, daß die polizeilichen Ermittlungen mit gewisser Bestimmtheit feststellen haben, daß die 15jährige Lehmann von dem 4. Treppen hoch und unmittelbar über dem Grubenbedel gelegenen Abortkloster aus herabgestürzt ist, dabei den Grubenbedel durchschlagen und in die Grube gefallen ist. Ungeklärt ist aber noch, ob dieses Verbrechen in selbstmörderischer Absicht erfolgt oder auf einen Unfall zurückzuführen ist. Weiteres ist mit Rücksicht auf die Lage des Abortklosters mehr auszunehmen, als wie Selbstmord. Bei der Section der Leiche sind äußere Verletzungen nicht vorgefunden worden, ebenso sind irgendwelche Spuren eines Giftschlechtsverbrechens oder gewalttätiger Tötung nicht aufgedeckt worden.

Chemnitz. In der Nähe der Eisenbahnbrücke an der Bismarckstraße wurde infolge des Reibens ein Verkehrsunfall mit Anhängern gegen einen Straßenbahnwagen, wobei der Straßenbahnwagen zerlegte und der Anhänger des Kraftwagens, den auf ihm stehenden 83jährigen Passagier unter sich begraben, umkürzte. Der Verunglückte mußte in schwerverletztem Zustande dem Krankenhaus zugeführt werden. — Ein unglaublich frecher Straußdiebstahl wurde in der Nacht in einer Straußpflanzung im Stadtteil Wehrsdorf ausgeführt, wobei der Dieb rund 100 Dutzend halblebende Damenstrümpfe und Damenstrümpfe im Gesamtwert von rund 200 Mark in die Hände bekam.

Frankenberg. Schloß Sachsenberg als Volkshochschule. Das Schloß des Schlosses Sachsenberg, das seit 1907 als Korrektilionsanstalt dient und über dessen anderweitige Verwendung seit Monaten Vermutungen durch die Tagespresse gingen, ist nunmehr endgültig besetzt, wie das Chemnitzer Tageblatt mitteilt. Danach wird das Schloß Sachsenberg am 1. April auf eine Korrektilionsanstalt zu sein. Die Korrektilionsarbeiten werden nach der Zeit- und Pflanzensituation, wobei auch die Beamten überföhrt. Das Schloß wird nach dieser Zeit zu einem Volkshochschulheim nach der Art des Heimes in Dreßlerader in Thüringen umgebaut werden. Der Umbau wird voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen, so daß der Betrieb des Schlosses als Volkshochschulheim kaum vor August eröffnet werden wird. Das Kammergut Sachsenberg wird bereits jetzt zur Verpachtung an einen Landwirt angepachtet.

Rabenau. Beständig des am 6. Februar 1906 in Rabenau an dem Gutsherrn Buschard verübten Mordmordes legte sich von vornherein der Verdacht der Täterschaft auf den angeklagten Heinrich Michel an Brax, der im November 1905 etwa 14 Tage bei Buschard als Anwalt arbeitete und dann plötzlich die Arbeit grundlos niederlegte. Alles Witten des Buschard und seiner Ehefrau vermochte nicht den angeklagten Michel anderen Sinnes zu machen. Schließlich versprach er, Buschard einen Anderen zu schicken, der auch arbeiten könne. Der Andere sollte sich auch nach dem Wegange des Michel ein. Er erschien Abends in der nächsten Stunde, nannte sich Schmiedel, hat um Nachtlager und Arbeit, was ihm beides gewährt wurde. Am anderen Morgen gegen 8 Uhr war der angeklagte Schmiedel und mit ihm die gesamte Barschaft des Buschard, die dieser selbst mit 200 Mark bestellte, tatsächlich aber wesentlich höher gewesen sein soll, aus demselben Koffer, der mit in der Nacht geräumt wurde, verschwunden. Da dieser Diebstahl damals im Einvernehmen zwischen dem angeklagten Michel und Schmiedel angefertigt worden ist, dürfte kaum in Zweifel an stehen sein. Die Ausführung des Diebstahls und die des Mordmordes an Buschard, bei dem wieder der Holzstoffer die wesentlichste Rolle spielt, läßt ohne weiteres den Schluss zu, daß Michel und Schmiedel auch hier ihre Hände im Spiele haben. Heinrich Michel ist am 8. 1906 in Brax geboren und reist vermutlich mit seinem Bruder Anton Michel, geboren am 6. März 1903 in Brax, in Sachsen beim in Deutschland als Landstreicher und Dieb umher. Beide werden in der Tischlerwerkstatt Friedrichs verfolgt und sind trotz ihrer Jugend hier und über vorbestraft. Beschreibung: Heinrich Michel: 1,65 Meter groß, Statur: mittel, Haar: lang, blond, nach hinten gekämmt, Nase: gerade, Zähne: lückenhaft, Stirn: rund, Gesicht: länglich, Stirn: niedrig, Gesichtsfarbe: gesund, etwas bräunlich, Augen: grau, Kleidung: gestreifte Drahmhose, brauner Anzug, schwarze Schürzenhose, grünes Hemd mit gelbem Kragen.

Hans Unterhosen und Hans Waden. Union Michel: 1,80 Meter groß, Statur: mittel, Haar: hellblond, geschleht, Augen: blau, Nase: gerade, Zähne: schlecht, Stirn: rund, Gesicht: länglich, Stirn: niedrig, Gesichtsfarbe: gesund, etwas bleich, Kleidung: grauer Anzug, grauer Anzug, schwarze Schürzenhose, weißes Hemd, weiße Unterhosen, schwarze Waden. Der angeklagte Schmiedel konnte bisher nicht ermittelt werden, da sich seine auf seine Person bezüglichen Angaben als unwahr herausgestellt haben. Er wird wie folgt beschrieben: 20—25 Jahre alt, 1,65—1,70 Meter groß, mittelkräftig, Gesichtsfarbe: bleich, Augen: sehr klein, Haar: mittelblond, geschleht, Kleidung: schwarzgrauer Jackettanzug, brauner Hosen, schwarze Schuhe. Auf die Gebrüder Michel und den Schmiedel wird diesseits und jenseits der Grenze eifrig gefahndet. Sie sind schlaumeier. Unter Hinweis auf die ausgeleitete Belohnung von 500 RM, wird auch das Publikum gebeten, die Behörden in der Verfolgung der Verbrecher zu unterstützen.

Werra. Gemeinlicher Tod zweier Brüder. In der zweifelhafte Werra der Altenberger Bach- und Schließgesellschaft wurden der 28jährige Kontrolleur Karl Richter und sein 18 Jahre alter Bruder Ernst mit je einer Schußwunde tot in ihren Betten aufgefunden. Nach dem Befund scheint der jüngere Bruder Ernst seinen älteren Bruder Karl zuerst im Schlafe erschossen und dann die Waffe gegen sich selbst gerichtet zu haben. Motive der Tat sind noch nicht bekannt, da von einem Streit zwischen den Brüdern nichts vernommen wurde.

Leipzig. Im Dorf Wadon auf der Staatsstraße Leipzig-Borna wurde gestern nachmittags der 16jährige Sohn eines Bäckermeisters von einem Personencar überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege zum Leipziger Krankenhaus starb.

Leipzig. Die Stadtverordneten beschloßen an einem Dringlichkeitsantrag wegen der Ausschreibung eines Wettbewerb über die Aufgestaltung des Augustplatzes, den Antrag durch die Ausfertigung des Rates als erledigt zu betrachten. Der Ratvorsitz wegen Bewilligung von 168 100 Mark für Herstellung der Straße des 18. Oktober wurde angeklagt. Die Stadtverordneten beschloßen ferner, daß die Unregelmäßigkeiten bei der Städtischen Baugesellschaft (Hilfsverein Dönhofs) nochmals gründlich unterföhrt werden. Der Rat wurde in einem Antrage ersucht, den städtischen Baubüro die weitestgehende Schonung angedeihen zu lassen. Schließlich wurde die kommunale Logenabteilung abgelehnt.

Deutsche Dampfer verloren.

Berlin. (Zuspruch.) Wie aus Stockholm gemeldet wird, sind durch die unglücklichen Eisverhältnisse an der schwedischen und finnischen Küste eine Reihe von Dampfern in eine kritische Lage gekommen. Von den deutschen Dampfern „E. Ruch“ und „Martha Ruch“, die am 4. Februar von Hamburg abfahren, fehlt jede Nachricht, so daß mit ihrem Verlust gerechnet werden muß. An der estnischen Küste ist der deutsche Dampfer „Strand“ gekentert. Seine Ladung, Weizenmehl und Zucker im Werte von 2 Millionen Mark, ist vollständig vernichtet. Der deutsche Dampfer „Johanna“ der seine Schiffschraube verloren hatte ist mit zwei schwedischen Bergungsdampfern geflohen.

Ueber die Lage Frankreichs.

London. „Westminster Gazette“ führt in einem „Verlaßes über Locarno“ überschriebenen Leitartikel aus, das Vertrauenssystem, das Briand geföhrt hat, werde niemand über den Ernst der französischen Lage irreföhren. Was werde das Ende dieser Komödie sein? Der französische Franken sei wieder im Absteigen begriffen, und es scheine unmöglich, irgend ein Zeichen einer Entwicklung zu sehen, das seinen Niedergang aufhalten werde. Die Wahl Kardens sei ein Symptom, das nicht außer acht gelassen werden dürfe. Niemand könne leicht glauben, daß die Masse des französischen Volkes wüßte, den Geist von Locarno für den von Versailles und den schließlichen Versuch Briands, das Budget auszugleichen und die französischen Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen, für das Voicorische Ideal einzutauschen, das auf eine Verschlebung der gesamten Frage hinausgehe, bis Deutschland das, was es niemals zahlen könne und niemals bezahlen werde, bezahlt habe.

Oesterreichs Außenpolitik.

Wien. (Zuspruch.) Im Hauptansatz, auf dessen Tagesordnung die Besprechung der außenpolitischen Lage stand, erklärte Bundeskanzler Dr. Renner hinsichtlich seiner angekündigten Besuchereise nach Berlin: Er lege Wert darauf, gegenüber allen fantastischen Auspaußungen, die schon an die bloße Ankündigung der Reise geknüpft werden, festzustellen, daß die Bundesregierung von dem seit Jahren als Leitlinie der österreichischen Politik aufgestellten Grundgedanken der lokalen Einhaltung des Vertrages von St. Germain und der Pflege des freundschaftlichen Verhältnisses mit allen Nachbarn nicht abweichen wird. Die Bundesregierung ist sich bewußt, welche schwere Konsequenzen ein solches Abweichen nach sich ziehen könnte und daß jeder Staat weniger denn je irgendwelchen Erschütterungen ausgesetzt werden darf.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Berliner Börse war am Dienstag die Tendenz des Aktienmarktes viel ruhiger als am Montag und zum Schluß ziemlich abgeschwächt. Das Ausland zeigte völlig als Käufer. Die aus dem Publikum vorliegenden Kaufaufträge konnten die Tendenz nicht wesentlich günstig beeinflussen, da die Spekulation zu umfangreichen Abgaben schritt. Am Rentenmarkt schloß die fünfprozentige Reichsanleihe mit 0,45 und die Schatzanleihe mit 7,45 Prozent. Am Bankaktienmarkt verlief Darmstädter Bank 2%, Commerz 1%, Diskonto und Dresdener Bank je 1 Prozent. Eisenbahnaktien hatten nur geringes Geschäft bei weichen Kursen. Von Schiffahrtsaktien verlief Norddeutscher Lloyd 2 Prozent, Capag 1%, Prozent, Deutsch-Anstral und Rosmos 1%, Prozent. Am Montanaktienmarkt verliefen Deutsch-Lugemburger 3%, Bochumer und Dösch je 2%, Beilken 2%, Rheinisch 2%, Harpener 2 Prozent. Auch Mannesmann und Stolberger Akt gingen um 1%, und Wöhring um 1%, Prozent zurück. Bei den Rohwerten verlief Westeregeln 3 Prozent, Niedersiedeln 1 Prozent. Auch die Aktien der Farbenindustrie und der Chemischen Industrie kamen nicht ohne Verluste davon, die sich zum Teil sogar auf 2 Prozent und etwas darüber beliefen. Bei den Elektrizitätswerten gab es durchweg Verluste, z. B. bei Siemens 2%, Schuckert 2%, AEG 1%, Prozent. Die Aktien der Waisenhäuser zeigten zum Teil eine geringe Besserung, die sich aber kaum über 1 Prozent erhob. — Der Satz für tägliches Geld war 4%, bis 6 Prozent, für Monatsgeld 7 bis 8 Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert. Der Ausschicht der Weisener Eisen- und Porzellanfabrik (vorm. G. Teichert) hat beschlossen, der auf den 25. März 1906 einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10%, wie im Vorjahre vorzuschlagen.

Hier ist er!
Der neue große Fox-Europa-Film
Der Film der großen Darsteller!

Der Bankkrach
Unter den Linden

Nach dem berühmten Inflationsroman von
Hugo Bettauer
Der Herr auf der Gaigengasse

In den Hauptrollen:
Alfred Abel Marg. Kupfer
Harm. Ploha Frieda Richards
Hans Albers Marg. Schlegel
Gerhard Ritterband Anton Pointner

Im bunten Teil:
Ohne Geld | **Sechs-Stunden-Lügen**
Die elegante Dame
Schönheiten der Natur

Ab morgen Donnerstag, den 18. 2. bis Sonntag, den 21. 2.

Genaue Anfangszeiten:
An Wochentagen 7 und 9 Uhr
Sonntags 5, 7 und 9 Uhr.

Hauptstraße 1

Apfelsinen. Apfelsinen.

Seute ist wieder eine frische Ladung prima gesunde süße Apfelsinen in allen Rostengrößen und Preislagen eingetroffen.

S. Grubbe, Bismarckstr. 35a, Tel. 652.

A m t l i c h e s.

Bei einem Hunde des Molkereibesizers Max Schenk in Wülknig ist die Tollwut beständig festgestellt worden.

Gemäß § 114 Abs. 6 der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 wird daher die Hundesperre über nachstehende Ortsschaften verhängt:

Wülknig, Bauda, Boberien, Colmnitz, Frauenhain, Glaubitz, Grödig, Grödel, Kleinredwitz, Kofelitz, Kleinthiemig, Ledwitz, Lefa, Lichteniec, Markkiedlig, Moritz, Nauwalde, Raffeböbha, Raundörchen mit Gutsbesitz, Riesa, Ründrich, Bromnitz, Berich, Pullen, Radewitz, Raden, Röderau, Roda, Reppitz, Spansberg, Schweinfurt, Staffa mit Gutsbesitz, Streumen, Trunzeböbha, Tiefenau, Walda, Wehlig b. G., Wildenhain, Jabelitz, Schaiten und Zeithain mit Gutsbesitz.

Alle Hunde in diesen Ortsschaften sind eingesperrt zu halten oder dürfen nur mit gut passendem, vorchriftsmäßigem Maulkorb versehen an der Leine geführt werden.

Zugleich wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Hundemaulkörbe den Vorschriften der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 31. Januar 1925 (Sächsische Staatszeitung Nr. 26) entsprechen müssen. Die Verordnung kann bei den Gemeindebehörden eingesehen werden.

Bei Mitnahme von Hunden auf der Eisenbahn durch Reisende aus diesen Orten haben die betreffenden Eigentümer rechtzeitig um die polizeiliche Ausföhrungsgeheimung, § 114, Absatz 6 der Ausföhrungsverordnung des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 (R.G.B. 1912 S. 3 Abs. 6) nachzusuchen.

Zumüberhandlungen werden bestraft.
Großenhain, am 16. Februar 1926.
Die Amtshauptmannschaft.

Hundesperre betr.

Infolge der Tollwutfälle in Seerhausen und Glaubitz wird hiermit gemäß § 114 Abs. 6 der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7.12. 1911 die

Hundesperre
über den Stadtbezirk Riesa einschl. der Stadtteile Gröbha, Weida und Wersdorf verhängt.

Alle Hunde sind eingesperrt zu halten oder dürfen nur mit gut passendem, vorchriftsmäßigem Maulkorb versehen an der Leine geführt werden. Die Maulkörbe müssen nach der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 31.1. 1925 (Sächs. Staatszeitung Nr. 26) hergestellt sein. Die Verordnung kann im Rathaus, Zimmer Nr. 4, eingesehen werden.

Bei Mitnahme von Hunden auf der Eisenbahn durch Reisende aus dem hiesigen Stadtbezirk haben die betreffenden Eigentümer rechtzeitig um die polizeiliche Ausföhrungsgeheimung, § 114 Absatz 6 der Ausföhrungsverordnung des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 (R.G.B. 1912 S. 3 Abs. 6) nachzusuchen.

Zumüberhandlungen werden bestraft.
Der Rat der Stadt Riesa, — Polizeiamt —
am 17. Februar 1926. 615.

Gewerbesteuer.

Von der Gewerbesteuer - Vorauszahlung auf Rechnungsjahr 1925 ist am 15. Februar 1926 das 4. Viertel fällig und spätestens bis zum 22. Februar 1926 bei Vermeidung der Verzugszuschläge und kostenpflichtigen Mahnung und Zwangsbeitreibung an unsere zuständigen Steuerstellen abzuführen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 6. Februar 1926.

Kirchensteuer 1925.

Der 2. Termin der ev.-luth. und röm.-kath. Kirchensteuern auf Rechnungsjahr 1925 (April 1925 — März 1926) ist am 1. Februar 1926 fällig und spätestens bis zum 22. Februar 1926 an unsere zuständigen Steuerstellen bei Vermeidung der kostenpflichtigen Mahnung und Zwangsbeitreibung zu bezahlen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 29. Januar 1926.

Meiner geehrten Kundschafft die ergebene Mitteilung,
daß ich meine Sprechstunde von Schillerstraße 20 nach Schillerstr. 3a II. verlegt habe.

Ich behandle **Naturheilverf.** und magnetisch insbesondere: **Rheuma, off. Aderb., Flechten, Weissh., Krämpfe, Althma u. Nervenleiden.**

Zeugnisse über Gelingen liegen vor.

Anton Stöhr, Heilkundiger.
Riesa, Schillerstr. 3a II.
Sprechzeit: Mittw., Donn., Freitag u. Sonnab. 10-4.
Bitte Morgenurin mitbringen.

Freitag und Sonnabend in **Riesa „Stadt Leipzig“** verkaufe großen Posten **Kosttraut und Bellschraut, Bund 13 Bg. Blumentobl, Stück von 25 Bg. an.** Belichtung jedem gestattet.

Karl Eichler, Thalheim.

Vereinsnachrichten

Gewerbeverein. Donnerstag, 18. d. M., abends 8 Uhr im Saale der „Hörschaff“ Lichtbildvortrag. 1. Teil: Die Insel Rügen. 2. Teil: Wilhelm Busch „Blüch und Blum“. Eintritt frei. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Turuberein Riesa (D. L.). Betrifft Vereinskalender 1926/27. Comml. Anzeigen für diesen bis 19. 2. an Luekmals, Schloßstr. 1 II. erbeten. Tafelbild nähere Auskunft über Preis usw.

Ehem. L.-J.-Bez. 102, Ortsarabbe Riesa. Sonntag, 21. 2., abends 8 Uhr Versammlung in der Wartburg (H. R.). Volla. Gesehm. w. erwartet.

Kirchennachrichten.
Riesa, Freitag, 19. Februar 1926, abends 7 Uhr Wallonsmorgengottesdienst (Mark. 14, 10, 11.), anschließend Abendmahl (Friedrich).

Qualitäts-Drucksachen

Kataloge, Werbedrucksachen
Drucksachen für Handel, Industrie

S

Langer & Winterlich
Riesa, Goethestrasse 59

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Kinder **Helene** und **Oswin** zeigen ergebenst an

Gutsbes. **Richard Miersch** und Frau **Toska** geb. Homzig Lautschen

Privats **Robert Schaaf** und Frau **Martha** geb. Bier Sieglitz.

Meine Verlobung mit **Fräulein Helene Miersch** beehre ich mich anzuzeigen.

Oswin Schaaf.
Sieglitz bei Lommatzsch
Februar 1926.

Planos :: Flügel
erster Firmen, sowie **Harmoniums**
preiswert und solid empfiehlt

Fa. B. Zeuner
Riesa, Hauptstr. 73
Fernruf 606.
Zahlungserleichterung.

Dorie David Max Beier
geben im Namen ihrer Eltern ihre Verlobung bekannt.
Riesa / Fastnacht 1926 / Nichtig 5. R.

Fechtschule Röderau.
Sonntag, den 21. Februar 1926, findet im Waldbühnen Röderau das diesjährige **Winter-Vergnügen**

statt. Ab 5 Uhr nachmittags großer Saal. Dierau werden alle Mitglieder, Freunde und Gönner herzlich eingeladen.
Der Gesamtvorstand.

Schönes Haar

durch **Jabol**
das Friseurhaarschnee

1 gebr. Nähmaschine, verfahrbar, Schwing-schiffchen (Marke Daid & Neu), 1 gebr. Schneidmaschine, Rundschiffchen (Marke Titan), 1 gebr. Tamentrad (Marke Quato), 1 gebr. Wandrer-Motorrad 2 1/2 PS, mit Kuppelung, Leerlauf, zwei Gänge und Beleuchtung, fabriktig.

Rudolf Schließer, Riesa, Gansstr. 60
Reparaturwerkstatt für Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder, sowie Motorwagen.

Nerven-
und beräuhrend, beruhigend, schlafbringend wirken die seit 25 Jahren bekannten **„Dawit“-Tropfen** in M. 2. — Nerven-Mis-teln wie Stahl durch die erfrischende, verjüngende und kühlende **Merkenseife „Dawit“**, in M. 2. — 3. h. in allen Apotheken und Drogerien, bestimmt in Riesa: **A. G. Pennick, Oskar-Hörster, in Gröbha: Anker-Apothek.**

Handtafche gefunden.
Gee. Belohnung, abzug. im Gemeindecant Mautitz.

Gr. Zitistfragen
neuern abend Bismarckstr. 24 bis Schillerstr. 7a besprechen. Gee. Belohnung abzug. Bismarckstr. 24, 1. r.

Dibl.-Ing. sucht sofort möbl. Zimmer.
Elektr. Licht Verbindung. Angebote unter Q 3491 an das Tageblatt Riesa.

Freundl. G.-Schlafstelle mit Kost frei.
Su erfr. im Tagebl. Riesa

Mädchen 23 Jahr sucht Stellung in Privat- od. Geschäftshaus. Bin mit allen Arbeiten im Haushalt vertraut. Werte Angebote an **Gertrud Schmick, Goltische Post Pfortentig.**

Gesucht wird für 1. März eine perfekte **Köchin** und ein im Servieren erfahrener **Stubenmädchen** für herrschaftlichen Rittergutshaus. **Mietrau Dommitzsch** Leuben bei Riesa.

Junger Kaufmann
Riesler, jetzt in einem Getreide-Rohlen-u. Holzgesch. in der Umgeg. tätig, sucht per 1. 4. oder ev. per sofort Stellung. Firm in Buchführung (abschlüsslicher) sowie allen anderen Kontorarbeiten, guter Ein- und Verkäufer, Führerschein 1 u. 2. Ia. Zeugnisse und Empfehlungen. B. Anfragen unter S 3493 an das Tageblatt Riesa.

Gewandter Notenschreiber
sodort gesucht! Tadellose Schriftbedingung! **Schönebaum** Hauptstraße 20, 2.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange meiner lieben Gattin, unserer guten unvergesslichen Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, Schwester und Schwägerin **Henriette Poppe** geb. Schmorl, sagen wir nur hierdurch allen unsern herzlichsten Dank.
R ü n c h r i g, 16. Febr. 1926.
In tiefer Trauer **Eduard Poppe** im Namen aller Hinterbliebenen.

Nach kurzem Krankenlager entschlief gestern abend meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Schwägerin **Frau Auguste Kammitzsch** im 68. Lebensjahre. In tiefstem Schmerz der trauernde Gatte **Karl Kammitzsch** zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.
Leutewitz, 17. Febr. 1926.
Die Beerdigung erfolgt Freitag nachmittags 3 Uhr.

Zu verkaufen:
1 **Schaufel-Einrichtung** bestehend aus Tür, 2 Schaufeln u. Rollen
9 1/2 m als Einlieferung.
G. Maria Höfner Vaugetschäft.

Gebr. Abgrubendeckel
in bestem Zustande abzugeben **Goethestr. 87.**

1 gebr. Sofa zu verk.
Su erfr. im Tagebl. Riesa.

Damenrad
wenig gefahren, mittelgroß, aus guter Hand zu kaufen gesucht. Angeb. erbeten unter R 3492 an das Tageblatt Riesa.

Adreßbuch
von **Riesa**
mit kleinem Stadtplan solange Vorrat reicht empfiehlt

Tageblatt-Druckerei
Adreßbuch-Vorlag
Riesa, Goethestraße 59

1 Käufer verk.
Mündlich, Glaubitz, Str. 3.

Käufer-schweine
leben zum Verkauf bei **Moritz Samm, Mündlich, Langenberger Straße 46.**

Möbel
neu und gebraucht stets billig zu verkaufen.
Oskar Messer
Riesa, Brudergasse 4.

Elektromotor
2 PS, Drehbant 750x125, Vohrmachine 10 mm, Schleifmaschine, Kumbi. Transmission, 4300 mm lang / 40 mm, Werkbant mit 5 Schraubstöcken, Fahrerleerstände zu verkaufen durch Rechtsvertreter **Albin Rier, Hauptstraße 1.**

C. Rüdiger
empfiehlt billigt
Studenbretter
Wäschekammeru
Wäschbretter
Zinleimer
Emailleimer
Witzagen
Zugardinien
Gardinenleisten

Goethestr. 41

Worgen Donnerstag Schweinschlachten
Curt Hoppe
Fr.-Lith.-Str.

gutes Heu
verkauft **Vornitz Nr. 21.**

Mais, Kleinkörnig Hafer, Weizen Fischmehl Futtermehl
zu billigsten Tagespreisen
S. Fris Grubbe, Sieglitz 7.

Empfehle allerfeinste **frische Landbutter** Stück 1.00 Mk.
frische Sander Stück 17 Wa.
solange Vorrat reicht.
A. Zieger, Bahnhofstr. 20.

Ueberfahrtsstelle Moritz.
Die große Föhre ist wieder im Gange.
Arnold, Föhremeister.
Die heutige Nr. umfaßt 30 Seiten.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 16. Februar 1926.

Am Regierungstische: Verkehrsminister Dr. Rohne. Präsident Voche eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min. Die zweite Lesung des Reichshaushaltplans wird beim Reichsverkehrsministerium

Reichsverkehrsministerium

16. Febr.

Reichsverkehrsminister Dr. Rohne kommt auf die Ausführungen des Abg. Alperd (Dt. Dann.) in der Montagssitzung zurück und erklärt, daß wegen des Herabdrückens an der unteren Etage das Reich sich mit Vorehen in Verbindung setzen werde, um Abhilfe zu schaffen.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Sp.) fordert eine Nachprüfung der Tarifpolitik der Reichsbahn. Das Recht des Reiches auf die Vorkaufsrechte müsse gesichert werden. Am Dames-Gutachten sei der Wert der deutschen Reichsbahn zu hoch angesetzt worden. Der Oberbau der Reichsbahn sei stark zurückgegangen. Viele Erneuerungen konnten wegen fehlender Mittel nicht vorgenommen werden. Es seien mindestens zwei Milliarden nötig, um die Reichsbahn wieder auf die Höhe zu bringen. Reichstag, Regierung und Reichsbahn sollten einmütig zusammenwirken, um einen vollkommenen Wiedererwerb unserer Verkehrsmittel zu verbinden.

Abg. Schmidt-Gannover (Dnail.) fordert ebenfalls Maßnahmen zur Verhütung von Herabdrücken an der Unter- etage. Schnelle Hilfe sei notwendig. Der Schutz des Analfinanzlandes an der Unter- etage sei wichtiger als verschlechte Ziehungsexperimente in der hannoverschen Etage.

Abg. Wacker (Dnail.) verlangt mehr Rücksichtnahme auf die Schöndorf bei Verkehrsarbeiten. Die von Heidelberg gegen das Redar-Kanalprojekt geäußerten Bedenken rechtfertigen eine Zurückverweisung der Materie an den Ausschuss.

Reichsverkehrsminister Dr. Rohne widerpricht der Zurückverweisung. Es sei Vorfrage getroffen, daß eine Be- einträchtigung des Landschaftsbildes nicht erfolgt. Damit schließt die allgemeine Ansprache. In der Einzelbesprechung beantwortet

Abg. Förgler (Komm.) Streichung der Mittel für den Reichswasserbau.

Reichsverkehrsminister Dr. Rohne betont die Notwendigkeit der Erhaltung des Reichswasserbauvertrages. Auch die Länder seien derselben Meinung. Es müssen Boote und Mannschaften vorhanden sein, die mit den Verhältnissen auf jeder Wasserstraße verträglich sind.

Abg. Erling (Zentr.) glaubt, daß Norddeutschland ebenso wie Süddeutschland ohne den Wasserbau auskommen könne. Bis zur dritten Lesung möge der Verkehrsminister wegen der Aufhebung des Wasserbauvertrages mit den Ländern verhandeln.

Die Abstimmung wird ausgesetzt. Beim Luftverkehr bemängelt Abg. Rosenbaum (Komm.) die Art und Weise, wie das Reich die privaten Luftverkehrs- gesellschaften unterstützt. Die Gesellschaften benutzen diese Mittel zum Teil nicht für den Luftverkehr, sondern für Sportzwecke und zur Errichtung von Fabriken. Eine Fabrik in Meisa verjage die italienische Armee mit Flugzeugen, andere Werke die spanische Armee.

Reichsverkehrsminister Dr. Rohne bedauert diese Ausführungen aufs tiefste. Durch solche Reden würden die schwierigen Verhandlungen in Paris über den Luftverkehr außerordentlich erschwert. Es handele sich für uns in keiner Weise um militärische Flugzeuge. Die Gesellschaften werden unterstützt, damit sie sich auch die technischen Erfahrungen des Auslandes zunutze machen können.

Das Ministergehalt wird bewilligt. Die Anträge über die Rechtsverhältnisse der Reichsbahn gehen an den Rechtsausschuss. Der kommunizistische Antrag auf sofortige Entschädigung der durch die Eisenbahnkata- strophe im polnischen Korridor Geschädigten wird abgelehnt, nachdem Reichsverkehrsminister Dr. Rohne erklärt hat, daß für Fälle besonderer Notlage bereits 75 000 bis 100 000 Mark ausgeworfen sind.

Ein Antrag Dreyer (Dnail.), die Fabrikartoffeln mit den anderen Kartoffeln bezüglich der Frucht gleichzustellen, wird mit 128 gegen 120 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

Angekommen wird ein weiterer Antrag, die Bahnhoft- wirtschaften zur Vereinfachung früherer Mittel zu verpflichten. Ein kommunizistischer Antrag auf Streichung der Mittel für den Reichswasserbau wird abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird der deutschnationaler Antrag auf Zurückver- weisung des Redar-Kanalprojektes an den Ausschuss. Die dafür in den Etat eingestellten Mittel werden bewilligt.

Angekommen werden ferner die Anträge wegen Bezug größerer Kohlenmengen aus dem niederösterreichischen Revier und Tarifermäßigung für die niederösterreichische Kohle. Zur Annahme gelangen weitere Anträge, die Ausnahmetarife für das Bergbaugebiet an Steg, Lahn, Tüll, Oberhessen usw. fordern; ferner Anträge auf Tarifermäßigung für Gemüse und Früchtholz, auf Aufrechterhaltung der Frachtvergünstigungen für Schwerfrachtkategorie, auf billige Tarife für Jugendfahrten, auf Elektrifizierung der bairischen, badi- schen und württembergischen Bahnen.

Damit ist die zweite Lesung des Haushalts des Reichs- verkehrsministeriums beendet. Ueber die Entschädigungen wird in dritter Lesung abgestimmt.

Darauf folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums.

Abg. Hanemann (Dnail.) ist der Ansicht, daß die Neuerungen im Strafsprochverfahren sich in der Praxis bewährt haben. Die Bestimmungen sollten aber jetzt zu einem einheitlichen Reformgesetz zusammengefaßt werden. Dem Verlangen der Reichstagsmehrheit nach Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik sollte schlen- nicht entsprochen werden. Ein Bedürfnis, das Ehehindernis- recht jetzt im Wege einer Teilreform zu ändern, sei nicht anzuerkennen. Der Redner wendet sich dann gegen den republikanischen Nichterbund. Ein republikanisches Recht gebe es nicht, sondern nur gleiches Recht für alle. Die Presse habe die hohe Pflicht, Mißstände zur Sprache zu bringen, aber es sei zu einem läßlichen Brauch geworden, jedes Urteil mit politischem Beigeschmack herunterzureißen.

Abg. Dr. Voss (Soz.) bedauert, daß immer noch schwere Klagen über die deutsche Rechtspflege notwendig seien. Das sei ein trauriges Ueberbleibsel einer kulturlosen deutschen Vergangenheit.

Der Redner übt heftige Kritik an verschiedenen Gerichts- urteilen der letzten Zeit und muß vom Vizepräsidenten Dr. Bell wiederholt zur Mäßigung in seinen Ausdrücken aufge- fordert werden. Im Jahre 1925 seien wegen Landesverrats nicht weniger als 940 Jahre Zuchthaus verhängt worden. Der Redner bespricht dann in größter Erregung den Fall Bant und andere Einzelfälle, besonders den Fall des Unter- offiziers Wiese, der im Jahre 1918 in einem italienischen Gefangenenlager einen Fluchtplan deutscher Offiziere auf- gestellt haben soll, und der dafür im Jahre 1925 12 Jahre Zuchthaus erhielt. (Pfeife links.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik habe sich einseitig gegen links ge- wandt. Der Redner bespricht dann den Fall Bullrian, wo- bei es sich um Landesverrat im Ruhrkampf handelt.

Reichsjustizminister Marx

stellt sich durchaus auf den Standpunkt, daß das Ansehen des Rechts auf jede Weise gehoben werden müsse. Eine ange- sehene Rechtsprechung sei die beste Grundlage unseres Staats- wesens. In solch allgemeinen Vorwürfen, wie sie der Vor- redner geäußert habe, liege kein Anlaß vor. Diese scharfen Angriffe sind nicht berechtigt. (Großer Arm links.) Es han- delse sich nur um einige Ausnahmefälle. Es sei Unrecht, von einer Weltfremdelei der Richter zu reden. Die allgemeinen Angriffe gegen die Einzelrichter sind unberechtigt, denn die Zahl der Verurteilungen sei zurückgegangen. Ebenso unrichtig sei die Behauptung, daß der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik einseitig nach links gerichtet habe. Es wird beabsichtigt, den Staatsgerichtshof, soweit er sich mit Straf- sachen beschäftigt, abzubauen. Das Kabinett wird sich näch- stens damit befassen. Der Minister gibt zu, daß politische Ausführungen nicht in das Urteil gehören. Er mißbilligt ein solches Verfahren und erklärt es für unzulässig. Das Urteil im Falle Bant sei durchaus begründet, ebenso im Falle Bullrian. (Großer Arm links.) Das Eingehen auf Einzelfälle lehnt der Minister ab. Die Beweiswürdigung sei Sache der Gerichte.

Abg. Schulte-Bredant (Zentr.) erklärt, man könne nicht verlangen, daß jedes Urteil geradezu salomonisch sei. Der Redner warnt vor einer Verallgemeinerung der Vorwürfe, zu der kein Anlaß vorliege. Im November 1918 sei verabsä- tumt worden, alle Fragen, die uns heute soviel Arbeit machen, durch Nachspruch zu erledigen. Man gebe dem Richter eine Geschickung, um deren Basis eine gerechte Recht- sprechung gewährleistet ist.

Abg. Dr. Rahl (DVP.) hält es für eine ungeheuerliche Uebertreibung, wenn man hier Gericht über die Gerichte halten wolle. Die Klagen der Richter seien durchaus ein- seitig. Die Presse sei zum Teil schuld an der Ausartung der Kritik gegen die Rechtspflege. Es liege kein Beweis dafür vor, daß die Justiz sich einseitig gegen links wende. Auch die Gründung des republikanischen Nichterbundes war nicht das geeignete Mittel zur Besserung der Rechtsprechung. Der Bund habe den Geist der Einigkeit gelockert. Es könne nicht Aufgabe eines Nichterbundes sein, eine Staatsform zu ver- treiben. Verwerflich sei die allzustarke Gesetzesmacherei. Das viele Einzelne in der Gesetzesproduktion verhin- derte große Reformen. Der Redner lehnt die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse ab, die vollkommen verfehlt hätten. (Zusammenhang.)

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Schluß 7 Uhr.

Reichsratsbeschlüsse.

Abg. Berlin. Der Reichsrat beschloß in seiner Dienstag- Sitzung, gegen die Beschlüsse des Reichstages zu dem Gesetzentwurf über Vereinfachung des Militärstrafrechts seinen Einspruch zu erheben. Es handelt sich dabei vor allem um die Vorrichtung der Dienstentlassung wegen Duellvergehen. Der Antrag des Vertreters der Provinz Hannover, Graf Behr, Einspruch gegen den Reichstagsbeschluss zu erheben, fand nur noch die Unterstützung des Vertreters von Nieder- sachsen und der Vertreter der Staaten Mecklenburg-Schwer- in, Mecklenburg-Strelitz und Braunschweig. Graf Behr hatte betont, daß gar kein Grund vorliege, noch vor der Re- gelung im allgemeinen Strafgesetzbuch ein Ausnahmefeseg gegen Offiziere zu beschließen, zumal da in der Reichsver- weisung deren Vergehen kein Duellfall vorgekommen sei.

Namens der Reichsregierung machte Reichsminister Dr. Gehler das formale Bedenken gegen den Reichstagsbeschluss geltend, daß eine Sonderregelung, die von den betroffenen Kreisen empfunden werde, nicht richtig sei, sondern eine all- gemeine Regelung abgewartet werden müsse.

Der Reichsrat nahm ferner noch den Gesetzentwurf auf Errichtung eines Ausschusses zur Untersuchung der Erzeug- angs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft an. Eine Änderung gegenüber der bereits bekannten Regie- rungsvorlage wurde vor allem insoweit vorgenommen, als auch der Reichsrat bei der Auswahl der Mitglieder des Aus- schusses mitwirken soll, während nach der Vorlage nur der Reichstag, der Reichswirtschaftsrat und die Regierung be- teiligt sein sollten.

Reichstagspause.

Berlin. (Funknachr.) Der Reichstag beschäftigt in der nächsten Woche seine Vollkammern abzuhalten, sondern die Tage vom Montag, den 22. bis Sonnabend, den 27. Febr. sittingsfrei zu lassen, um den Ausschüssen Gelegenheit zu geben, mit ihren Arbeiten rascher vorwärts zu kommen. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen mit Bestimmtheit damit, daß der Reichshaushaltplan für 1926 zum ge- setzmäßigen Termin, also bis zum 31. März erledigt wird.

Der Marineetat im Haushaltsauschuss.

Abg. Berlin. Der Haushaltsauschuss des Reichstages erledigte am Dienstag den Rest des Etats des Reichsarbeits- ministeriums, wobei u. a. gegen den Widerspruch eine halbe Million Reichsmark als Beihilfe für Ausbildung von Per- sonen eingekauft wurden, die auf Grund gesetzlicher Bestim- mungen zur Vertretung der Arbeitnehmer berufen werden, und lehte sodann die Beratung des Marineetats fort.

Abg. Brüninghaus (DVP.) wies auf den unabwehrbaren Nutzen hin, den unsere Marinebesuche im Ausland für das Deutschland brächten. Die für Neubauten ausgesetzten 26 Millionen bedeuteten zu 80 Prozent reine Arbeiterlöhne. Man möge doch den fargen Marineetat nicht noch weiter beschneiden. Eine Marine, die nicht fahre, verlottere; sie sei wie ein Kavallerist ohne Pferd. — Abg. Dittmann (Soz.) behauptete, daß ein Teil der alten Marineoffiziere, die rechtsradikalen Organisationen angehörten, noch immer mit amtlichen Marinekreisen in Verbindung ständen. Im Münchener Dolchstoßprozess seien den Klägern amtliche Denkschriften zur Verfügung gestellt worden. — Abg. Rö- nneburg (Dem.) sprach der Marineleitung den Dank seiner Freunde für Hebung des Geistes der Truppen aus. Das Marinefachschulwesen müsse weiter gehoben werden. Das Heigen unserer Flotte im Ausland sei im Interesse des Auslandsdeutschtums nötig. Den Schiffneubauten stimmt der Redner zu. Eine Besserung der Gehalts- und Beför- derungsverhältnisse der Zahlmeister und Intendantenbeamten sei endlich erforderlich; das Streben nach Entpolitisierung der Marine müsse von allen Dienststellen gefördert werden.

— Abg. Dr. Wofes (Soz.) kritisierte das Verhalten des Korvettenkapitän Canaris im Untersuchungsausschuss. — Abg. Trebmann (Dnail.) führte aus, daß man auch in der ausländischen Presse von der Reichsmarine mit Hochachtung spreche. — Abg. v. Ramin (Dkt.) verlangte eine Entwid- lung der Marine im völkischen Sinne.

Reichswehrminister Dr. Scheer betonte den guten Erfolg der Bemühungen betreffend Entpolitisierung von Meer und Marine und empfahl die Annahme des veran- schlagten Bauprogramms.

Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Berlin. (Funknachr.) Der Haushaltsauschuss des Reichstages lehte heute die Beratung des Marineetats fort und zwar mit der Einzelberatung. Annahmomen wurde

mit einer Stimmenthaltung eine Entschließung des Spar- ausschusses, die Reichsregierung habe in einer Erwäuna darüber einzutreten, wie die Beschaffung des gesamten Bedarfs möglichst großer Ersparnisse zentral eingerichtet und die zu vergebenden Gegenstände möglichst normalisiert werden können.

Gegen 2 Stimmen wurde folgende Entschließung ange- nommen, die Reichsregierung zu erlöben, die Verwaltungs- abteilungen und Verwaltungsdirektorate für Meer und Marine im Ministerium möglichst zusammenzulegen.

Fragen der besetzten Gebiete.

Abg. Berlin. Im Reichstagsauschuss für die besetzten Gebiete wurde einstimmig ein Antrag Dr. Wode (DVP.) angenommen, wonach den Gemeinden mit Beschaffung für die Unterhaltung des Wohnungsbau zur Förderung der Bautätigkeit darlehensweise Vorküsse gewährt werden sollten.

Auf eine Frage des Abg. Dr. v. Dröbner (Dnt.) teilte Generalkommissar Schmid mit, daß noch etwa 180 bis 190 Gefangene in Gefängnissen des besetzten Gebietes sich befänden, etwa 160 bis 170 in Händen der Frauolen, 10 in Händen der Belgier und 10 bis 12 in englischen Ge- wahren. Der überwiegende Teil davon sei wegen gemeiner Delikte verurteilt worden und nur etwa 20 Personen aus Handlungen, die Verträge gegen die Ordnung bedeuten. Die politischen Gefangenen im engeren Sinne seien auf Grund des Londoner Abkommens sämtlich in Freiheit ge- setzt worden. Das Reichskommissariat in Coblenz stehe zurzeit in Unterhandlungen mit der Rheinlandkommission wegen Erlass einer Mildertung der Freiheitsstrafen. Ein Abschluss dieser Verhandlungen sei in Wäde zu erwarten. Die Gefangenen Reichsdeutschen würden durch das Voto Kreuz betreut.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes machte Mit- teilungen über den Fall Graf. Der zurzeit von einem Schiedsgericht behandelt wird, dem ein Deutscher, ein Wel- sler und ein Schweizer angehören.

Wärmjemen im Proger Parlament.

Prag. Vom Vertreter des B. T. V. Während der Rede des Außenministers Dr. Benesch über die ungarische Weltanschauung kam es im Abgeordnetenhaus zu Streit- sachen der Opposition. Seitens der kommunistischen Abge- ordneten wurde die Anerkennung Sowjetrusslands gefordert. In dem ungeheuren Lärm konnte man kein Wort des Ex- poses des Außenministers vernehmen. Die Opposition machte durch Volksbedelfänger, Pfeifen und Trompeten die Verhand- lungen unmöglich, nachdem sie zuvor die Beilegung der Parlamentarische aus dem Saale erzwingen hatte.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde Wainpeter (Dk. Agrarier) mit 139 Stimmen definitiv zum Präsi- denten des Abgeordnetenhauses gewählt. Die deutschen Sozial- demokraten hatten während der Wahl den Saal verlassen. Wainpeter erklärte, daß er die Wahl annehme. Hierauf erfolgte die Wahl der vier Vizepräsidenten. Das Haus nahm sodann die Wahl der Ausschüsse des Hauses vor. Nach den Auswahlwahlen ergriff Minister Dr. Benesch das Wort. Auf Antrag des tschechischen Sozialdemokraten Tomasek wurde sodann beschlossen, über die Erklärung Dr. Benesch am 18. Februar die Debatte zu eröffnen.

Dr. Benesch über die Frankensälzungsangelegenheit.

Prag. In Beantwortung der Interpellation der Koalitionsparteien in der Angelegenheit der ungarischen Frankensälzung gab Außenminister Dr. Benesch im Abge- ordnetenhaus gestern einen Ueberblick über die bisherige Entwicklung der Affäre, die durch die Unterirdischen gewon- nenen Tatsachen und die innerpolitischen Rückwirkungen. Er verwies auf Grund der Tatsachen auf den politischen Charak- ter der Affäre sowie auf ihren Zusammenhang mit den Fäl- schungen tschechoslowakischer Noten in den Jahren 1919 und 1921. Als Beweis dieses Zusammenhangs betrachtete der Minister einerseits die Tatsache, daß Radokn das unter- suchende Organ in der Affäre der Fälschungen der tschecho- slowakischen Noten in den Jahren 1920 bis 1923 war. An- dere, besonders hob Benesch hervor, daß die tschechoslowakische Hundertroneunoten im Jahre 1920 in der ungarischen lithographischen Anstalt in Budapest hergestellt worden, daß die Bestellungen durch gewisse ungarische Militärorgane erfolgt, daß die Herstellung der Hundertroneunoten erfolgte in der Druckerei von Wotry auf Aufforderung zweier ungarischer Offiziere erfolgte und daß auch die Spur der Hauptfälscher in der Affäre der tschechoslowakischen 500 Kroneunoten-Fälschungen im Jahre 1921 in Wesele bei Budapest führte. Die gegenwärtige Frankensälzungs- affäre und deren Untersuchung zeigte auch diese Angelegen- heit in neuem Lichte. Daher habe die Regierung am 17. Januar um Erledigung der unbeantwortet gebliebenen Noten aus den Jahren 1922 und 1923 ermahnt. Die ungarische Regierung habe am 28. Januar geantwortet, daß die ange- ordnete Untersuchung infolge Mangels an Beweisen ein- gestellt worden sei.

Dr. Benesch erklärte weiter: Mit Rücksicht auf die neuen Umstände erwarten wir, daß die ungarische Regierung ohne unbedingten Druck auf eine Erweiterung der Untersuchung und eine Anklage auch auf unsere Affäre bezogen sein wird. Falls dies nicht erfolgt, behalten wir uns unser Vorgehen vor. Die ungarische Regierung wird schließlich begreifen, was sie uns, ihrem Prestige und der Rechtsordnung in ihrem Staat schuldig ist.

Rundgebung der deutschen Kultur.

Abg. Berlin. Am Montag, den 22. Februar, abends 8 Uhr wird im Memorienkassale des Reichstages eine Rundgebung für deutsche Kultur stattfinden, die von Schunkartell deutscher Geistesarbeiter veranstaltet wird. Zu diesem Schunkartell gehört neben einer großen Reihe von Organisationen der geistigen Arbeit auch der Reichsverband der Deutschen Presse. Außer dem Präsidenten des Schun- kartells, dem früheren Abg. Czerling, (Water) werden auch Anführer des Reichsverbandes Dr. Lutber und des Univer- sitätsprofessors Caro-Halle erwartet.

Die rumänischen Gemeindevahlen.

Bukarest. (Meldung der Agentur Orient-Radio.) Die Wahlkampagne ist in vollen Gange. Die Anträge lassen bereits das Endergebnis voraussehen. In 4000 Land- gemeinden von insgesamt 9000 wurden die Listen, an deren Spitzen nationalliberale Führer stehen, als gewählt erklärt. In einigen Gemeinden ist die Strömung zugunsten der in diesen Listen vorgeschlagenen Kandidaten so stark, daß die Oppositionsparteien nicht einmal die zur Aufstellung einer Wahlliste erforderlichen 25 Wähler zusammenbringen konn- ten. In 13 Städten von 146 wurden ebenfalls die Listen mit den Nationalliberalen an der Spitze ohne Gegenkandi- daten als gewählt erklärt. Die Oppositionsparteien, die zusammen mit den Sozialisten und den Kommunisten einen Block bilden, stoßen auf den Widerstand aller ihrer Ver- antwortung sich bewußten Wähler, die sich um die liberale Partei unter der Führung Bratianus scharen.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 18. Febr. 1928.

Keine Auflösung des Landtages. Abänderung des Baugesetzes. Denkmals- und Naturschutz.

Die Tribünen sind voll besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident mit, daß der Reichsausschuß für 1928 eingegangen ist.

Er wird sofort auf die zukünftigen Ausschüsse verwiesen. Es folgt die zweite Beratung des kommunalistischen

Antrages auf Auflösung des Landtages.

Abg. Böttcher (Komm.) beschäftigt sich in längerer Ausführungen mit dem Neben der Fraktionsvertreter in der ersten Beratung des Antrages. Der Gefahr der Verschärfung und des Aufhells der Lage nur mit der Mobilisierung der breiten Masse begegnet werden. Die sozialdemokratische Partei habe sich auch nach dem Landesparteitage noch ultimativ für sofortige Landtagsauflösung eingesetzt und auch die Fraktion habe dies nach den Meldungen der sozialdemokratischen Zeitungen mit Stimmenmehrheit beschlossen. Das sei das berühmte Ehrenwort des Abg. Schwarz (Abg. Kühn (Soz.) rufft: Wir haben kein Ehrenwort gegeben! Dürft ihr bei den Kommunisten.) Er stelle nunmehr fest, daß die Abgeordneten Kühn, Böttcher, Franz, Oelze und Wätlinger ihr Ehrenwort nicht gegeben haben. Es behaupte also in der Sozialdemokratischen Partei keine Einmütigkeit über die Durchführung der Beschlüsse des Landesparteitages. Neuerdings hätten die 28 wieder die Intervention des Berliner Parteivorstandes nachgeschickt und erklärt, sie würden für Auflösung des Landtages stimmen, wenn ihnen durch die Landespartei ihre Mandate für den Landtag gesichert würden. (Wächter, Ruf: Geht in die Kammer!) Die 28 fürchteten ein Zusammengehen mit den Kommunisten.

Abg. Böttcher (Soz.): Der Vordrucker hat Bezug genommen auf eine ehrenwörtliche Erklärung, die die Sozialdemokratische Fraktionsmehrheit in der Frage der Landtagsauflösung gegeben haben soll. Demgegenüber erkläre ich im Auftrag der Mitglieder der ehemaligen Fraktionsmehrheit, daß sie eine solche Ehrenwörtlichkeit nicht abgegeben haben; sie ist auch nicht verlangt worden. (Abg. Schwarz: Wollen Sie mich damit der Lüge anheften?) — Ein kommunalistischer Antrag auf namentliche Abstimmung findet die Unterstützung mehrerer Reichstagsabgeordneter.

In namentlicher Abstimmung wird der kommunalistische Antrag auf Auflösung des Landtages mit 50 gegen 3 Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Große Heiterkeit ergreift das Fehlen der linkssozialistischen Abg. Kraut, Niedmann, Nebe, Hebrigg und Wedel.

Weiter kommt zur Beratung der Gesetzentwürfe über die Änderung des Allgemeinen Baugesetzes in Verbindung mit einem sozialdemokratischen Antrage auf

rechtsgerichtliche Regelung der Bodenerwirtschaft.

Er fordert, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, baldigst ein Reichsgesetz zu schaffen, durch das im ganzen Reich eine zweckmäßige Bodenerwirtschaft in die Wege geleitet wird, dergestalt, daß das beste materielle Gut des deutschen Volkes der Boden, im unermesslichen Maße in den Dienst des Gemeinwesens gestellt wird.

Ministerdirektor Dr. Schulze begründet den Gesetzentwurf. Das Baugesetz von 1900 habe sich außerordentlich bewährt, aber in den 28 Jahren hätten sich auf dem Gebiet große Wandlungen vollzogen, namentlich in städtebaulicher, wohnungswirtschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Das alles mache eine Änderung des Baugesetzes zur absoluten Notwendigkeit. Die Regierung habe sich bemüht, jede Anregung auf ihre Durchführbarkeit und Richtigkeit zu prüfen. Die Novelle sei mit den entsprechenden Sachkreisen gründlich beraten worden. Der Regierungsvorleger beleuchtet die einzelnen Punkte der Novelle vom volkswirtschaftlichen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Standpunkte aus.

Abg. Elwert (Komm.) wünscht das Wort zur Geschäftsordnung. In den Wandelgängen des Hauses befindet sich eine große Anzahl Polizeibeamter. Die Abgeordneten hätten den Schutz der Polizeibeamten nicht nötig. Er frage den Präsidenten, aus welchen Gründen die Polizeibeamten in das Haus gerufen worden seien. Die Beamten seien schwer bewaffnet und hätten den Sturmwort herangezogen. Seine Partei protestiere gegen diese Maßnahme und verlange vom Präsidium, die Polizei sofort aus dem Hause zu entfernen.

Vizepräsident Dr. Oßmann erklärt namens des augenblicklich nicht anwesenden Präsidenten: In den Wandelgängen des Hauses seien verschiedentlich eine große Anzahl von Leuten aufgetaucht, die nicht dorthin gehören und auch keine Sitzkarten besäßen. Den Beamten würden Schwierigkeiten bereitet. Um die Ordnung aufrecht zu erhalten, habe der Präsident es für nötig gehalten, ein kleines Polizeigebot zu rufen. (Unruhe links.) Damit sei die Angelegenheit erledigt.

In weiterer Erledigung der Tagesordnung bemerkt Abg. Dr. Hartwig (DVP.) zum Baugesetz u. a., seine Freunde hätten entgegen der vertretenen Ansicht der Regierung auf dem Standpunkte, daß in den Großstädten unter allen Umständen Kleinrenten-Daueranlagen geschaffen und den Bürgern für die Schaffung solcher Daueranlagen das Gleichheitsrecht verliehen werden müsse.

Abg. Dr. Oßmann (DVP.) beklagt, daß auch im vorliegenden Falle, wie jedesmal, wenn es sich um eine Änderung des Baugesetzes handelt, in den Änderungen Bestimmungen enthalten seien, die tief in das Wirtschaftsleben und in die Eigentumsverhältnisse einschneiden. Dagegen würden seine Freunde im Ausschusse antreten.

Abg. Schirich (Soz.) verweist in dem Entwurfe vor allem Bestimmungen zum Schutze der Bauarbeiter.

Abg. Jähnig (Dem.) erkennt an, daß die Vorlage viele Verbesserungen im geltenden Baugesetz bringe. Sehr notwendig sei eine Neuregelung der Anliegerleistungen.

Abg. Elwert (Komm.) gibt einigen weitergehenden Wünschen seiner Partei Ausdruck. Seine Freunde vermüßten vor allem Bestimmungen über Schutzmaßnahmen und baupolizeiliche Vorschriften.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte findet darauf Annahme, und Gesetzentwurf und Antrag gehen an den Rechtsausschuß.

Schließlich gelangen zur Beratung der Gesetzentwürfe über

Denkmals- und Naturschutz und in Verbindung damit der demokratische Antrag auf Schutz prähistorischer Funde.

Ministerialdirektor Dr. Schulze legt den Gesetzentwurf vor. Es handle sich hier um eine ganz neue Materie, um die Einführung eines neuen Rechts. In Paragraph 20 wird bestimmt: Die Interessen des Denkmals- und Naturschutzes seien öffentliche Interessen im Sinne der Reichs- und Landesgesetzgebung. Es handle sich hierbei nicht um eine politische Maßnahme, sondern um die Erziehung des Volkes zur Achtung und pflichtgemäßen Behandlung des uns überkommene. In Sachsen sei in dieser Beziehung schon außerordentlich gute Vorarbeit geleistet worden, insbesondere durch den Sächsischen Verein Heimatschutz. Es behaupte allerdings bei allzu scharfer Handhabung der Bestimmungen eine gewisse Gefahr für die Boden- und Eigentumsrechte. Dagegen müßten Sicherheiten geschaffen werden. Um die Rechtsgarantien zu geben, hat sich die Regierung entschlossen, eine Degressions-

lassen beschließen. Abgeordnete von Dresden, die die Idee der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, sollen gewisse Gewerkeleistungen gewährt werden.

Abg. Wächter (Dem.) begründet seinen Antrag, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den ein denkwürdiger sächsischer Schatz prähistorischer Funde herbeigeführt wird. Der Antrag sei auch nach der Einbringung des Gesetzentwurfes über Denkmals- und Naturschutz nicht überflüssig.

Gesetzentwurf und Antrag wurden schließlich an den Rechtsausschuß verwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 18. Februar nachm. 1 Uhr.

Die Schuldigen im Rheinland.

Der Aufmarsch der englischen Truppen aus der Ruhrzone hat die Bevölkerung von einem schweren Druck befreit. Zum erstenmal seit vielen Jahren ist dem Rheinland wieder die Möglichkeit gegeben worden, ihrem gefunden deutschen Gefühl und ihrem gesunden Nationalbewußtsein Ausdruck zu geben. Viel schweres Leid und schwere Opfer hat die Besatzungszeit gefordert. Und nur das Bewußtsein der Gemeinlichkeit mit dem deutschen Volksganzen hat diesen Rheinländern die Kraft gegeben, durch all das Vittere der Fremdherrschaft hindurchzugehen. Es ist verständlich, daß die Volkmeinung nicht gerade all zu freundlich über die Leute urteilt, die vielleicht aus eigensüchtigen Motiven unter dem Schutz der Bajonette fremder Soldaten sich der Separatistenbewegung angeschlossen. Wenn jetzt, nachdem der Druck der Besatzung gewichen ist, die Rheinländer ihrer Empörung über all diese Verräter am deutschen Volk kräftig Luft geben, so ist das verständlich. Damit soll aber noch lange nicht gesagt sein, daß diese Empörung es gestattet, zu einer Vandalen- und Schergen-Regierung solche Ausschüsse mündig eingeschritten werden. Denn durch sie würde die Ordnung, die glücklicherweise hergestellt ist, empfindlich gefährdet werden. Man hat aus der Bevölkerung heraus den Vorschlag gemacht, eine Art von Volksuntersuchungsausschuß zu bilden, der „Schuldige“ und „nichtsuldige“ aus den Tagen der Separatistenherrschaft sichten soll. Der Zweck eines solchen Ausschusses ist uns allerdings nicht ganz klar. Durch die Annahme hat sich die deutsche Regierung damals bereit gefunden, den verführten Separatistenanhängern Straffreiheit auszugeben. Es soll nicht unsere Aufgabe sein, hier über das Für und Wider dieser Annahme zu sprechen. Die ist jedenfalls erfolgt und damit müssen wir uns begnügen. Eine gesetzliche Möglichkeit, gegen solche Rheinländer einzuschreiten, die damals die Separatisten aktiv unterstützten, ist also nicht gegeben. Durch ihr Benehmen in dieser schwierigen Zeit der Besetzung sind sie ja ohnehin im Ansehen des Volkes gerichtet. Es kommt hinzu, daß die Hauptbeteiligten ihrerseits schon lange das Weiße gesagt haben. Die zurückgebliebenen sind, sind wahrlich nicht lediglich kleine Parteiläufer, die man unter die Verführten rechnen kann. Es wäre daher zu begrüßen, wenn das rheinische Volk trotz der begrifflichen Empörung, die es solchen Menschen entgegenbringt, die Besonnenheit nicht verlieren würde. Die schließliche nicht im wilden Westen Amerikas. Diese Erkenntnis muß daher die Bevölkerung aus der Ueberzeugung führen, daß Strafmaßnahmen nicht Sache einer Volksbewegung sind, sondern nur die Aufgabe der Gesetzgebung und der ordentlichen Gerichte.

Der Fememord-Untersuchungsausschuß.

Abg. Berlin. Der Ausschuss des preussischen Landtages für die Untersuchung der Beziehungen zwischen den nationalsozialistischen Abgeordneten, Arbeiter, Arbeitnehmer-Organisationen und den Fememördern, der sich auch mit dem Fememordfall Wanner, sowie die Haltung der Staatsanwaltschaft in Frage kommt, beschloss am 15. Februar unter dem Vorsitz des Landespräsidenten, Abg. Oebel (Zentr.) seine öffentlichen Verhandlungen, nachdem vor einiger Zeit bereits in geschlossener Sitzung die Konstituierung erfolgt war. Berichterstatter ist Abg. Kuntze (Soz.). Der Untersuchungsausschuß für die Fememorde zählt nur 15 Mitglieder, während frühere Untersuchungsausschüsse mindestens 21 hatten. Nachdem zu Beginn der heutigen Sitzung der Vorsitzende festgestellt hatte, daß der Untersuchungsausschuß des Landtages nicht die Aufgabe hat, die sogenannten Fememorde selbst aufzuklären (was Sache des Reichsausschusses ist), sondern nur die erwähnten Beziehungen, hörte der Ausschuss ein Referat des Berichters des preussischen Innenministeriums, Ministerialrat Schöner. Der Redner gab aus den Akten eine eingehende Darstellung, wie auf Grund von Presseberichten bekannt geworden sei, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeiterverbände dem Zentralverband der Landarbeiter ein Darlehen in Höhe von 5000 M. zu Gunsten des Oberleitnants a. D. Schulz gegeben habe.

Es erfolgte die Jenseitsrechnung des Regierungsausschusses Dr. Schmidt vom Polizeipräsidium. Auf Verlangen durch den Vorsitzenden gab der Zeuge über das Darlehen von 5000 M. durch die Vereinigung der Arbeiterverbände dieselbe Darstellung, wie sie schon der Vertreter des Innenministeriums im Ausschuss unterbreitet hatte. Er erwähnte nur noch ergänzend, daß der politische Vorgesetzte bei der Bearbeitung dieser Angelegenheit nicht nur die Presseberichterstattung bekannt waren, sondern daß sie auch Schulz und Klapprott kannte. Die beiden waren 1924 im Zentralverband der Landarbeiter tätig. Schulz habe sich als erfolgreicher Organisator gezeigt und wurde daraufhin probeweise angestellt. Schon in kurzer Zeit hatte er über 20 Gewerkschaften gegründet, die einen blühenden Stand aufwiesen. Regierungsausschreiber Dr. Schmidt ging dann noch auf die Befindungen des Zeugen Dr. Tändler und anderer Zeugen ein und hob u. a. hervor, daß das Darlehen zum Zweck der Unterstützung des Schulz verwendet wurde. D. Vorgesetzter von der Arbeitergewerkschaft habe Mitteilungen von der Einreichung eines Untersuchungsausschusses wegen Unregelmäßigkeiten und Eigenmächtigkeiten des Herrn v. Zeugen gemacht. Das Geld für das Darlehen von 5000 M. ist einzuweisen von der Landesbank für den Zweck, die eine Einrichtung des Landarbeitersverbandes ist. Das Konto des Ausschusses für nationale Aufklärung, auf das die 5000 Mark aus der Vermögensverwaltung überwiesen worden sind, galt allgemein als das Konto des Abgeordneten Reier.

Nach der Mittagspause folgte die Jenseitsrechnung des Oberstaatsanwaltes Koblitz aus Landshut an der Spitze, der Auskunft über den Befreiungsversuch der Fememörder aus dem Gerichtsgefängnis in Landshut im Dezember 1925 gab. In Landshut sah eine große Reihe von Personen, die mit den Fememördern in Verbindung gebracht wurden, unter ihnen namentlich Schulz und Koblitz. Diese beiden wurden durch Koblitz miteinander in Verbindung zu setzen. Sie teilten sich darin mit, was sie ausposaunt haben und berieten sich hinsichtlich der Koblitz und aber in die Hände des Untersuchungsrichters gekommen. Dann war eine Welle Ruhe. Koblitz arbeitete Koblitz einen Geistesgegenwart für Koblitz aus, der aber gleichfalls in die Hände des Richters kam. Koblitz erhielt dafür eine Disziplinarstrafe. Der Hauptverlauf im Dezember 1925 war in seiner Vorbereitung nur mäßig durch die außerordentlich große Sorglosigkeit des Landarbeiters Koblitz. Schulz und Koblitz waren in Landshut in die Schutzhülle, die beiden Befragten wiesen sich dann auf Paris. Ein Zeuge Franz, dessen Name Koblitz gegen die Bestimmungen offen gelassen hatte, hieß Koblitz. Auf diese Weise wurde die Durchführung der Tat verhindert. Die Täter wurden vor

gestrichelt. Koblitz erhielt 14 Jahre Zuchthaus, Schulz 1 Jahr Zuchthaus. Koblitz erhielt wegen Unterstützung der Befreiungsversuche 14 Jahre Zuchthaus.

Es folgte dann die Vernehmung des Kriminalkommissars Stumm. Er erklärte, daß er die langen, eingehenden Verlegungen des Regierungsausschusses Schmidt vom Polizeipräsidium nur unterstützen könne. Abg. Oebel (Komm.) verlegte dann allgemeine, andächtige Äußerungen darüber, was dem Polizeipräsidium über die Vorgänge für die vaterländischen Verbände, für die Heimatschutzorganisationen usw. bekannt sei. — Der Vorsitzende erklärte, die Angelegenheit in einer nichtöffentlichen Sitzung erst vorzubereiten, um an einem Gemeinrat zu kommen, für den dann eine neue Ausschussmitglieder beim Polizeipräsidium nachgesucht werden müßte.

Die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen. Der Ausschuss wird in nichtöffentlicher Sitzung die Angelegenheit formulieren, um sie dann dem Polizeipräsidium zur Ausschussgenehmigung vorzulegen.

Politische Tagesübersicht.

Reichstagslandschaft an Rheinlande. Die Regierung, der wehrwirtschaftlichen Volkspublikum laute aus Wien an den deutschen Reichspräsidenten und an die Reichsregierung folgenden Telegramm: Am Dienstag vor 10 Jahren erklärte der ruhmreiche Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst von Hindenburg durch einen Erlass die wehrwirtschaftliche Sprache und Schule für gleichberechtigt mit der deutschen, litauischen und polnischen Sprache und Schule im Gebiet Ost-Pr. Das 15-Millionen Volk der Wehrwirtschaftlichen gebend im heutigen Tage seines hochmütigen Freundes und des befreundeten ganzen deutschen Volkes.

Das amerikanische Marineaufbauprogramm. Der Marinenausschuß des Repräsentantenhauses nahm das auf 5 Jahre berechnete Marineaufbauprogramm an, dessen Kosten sich auf 100 Millionen Dollar belaufen. Das Programm sieht u. a. den Bau zweier Schlachtschiffe von der dreifachen Größe der „Schemmbeck“ und den Bau von 1000 Marinestützpunkten vor.

Der letzten Regierungskabinett in den Niederlanden. Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer hat gestern nachmittag in Uebereinstimmung mit der Parteifraktion den Beschluß gefaßt, den Kammerpräsidenten um Einberufung der Kammer zu ersuchen, um der sozialdemokratischen Fraktion Gelegenheit zur Einbringung eines Antrages zu geben, durch den die Königin ausgerufen wird, die Kammer aufzulösen und so den Versuch zu machen, durch Ausschreibung von Neuwahlen der letzten Regierungskabinett ein Ende zu bereiten.

Wiederanfrage des Reichsausschusses. Nach einer Mitteilung der Reichsausschusses hat der Vater des im Spätherbst 1917 freigeberisch erschienenen Obermaritimen Reichstages, dessen Vertretung bei den letzten Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Räder Vorgänge zur Sprache kam, die Wiederannahme der Verleumdung beantragt.

Reichstagsdelegation des Reichsausschusses an die Grafen Grafheim. Reichstagsminister Dr. Luther hat der Grafen Grafheim, der Tochter des früheren bayerischen Ministerpräsidenten, zum Tode ihres Vaters telegraphisch sein herzlichstes Beileid ausgesprochen.

Die Arbeiterkassen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigt sich gestern mit sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen über die einschlägigsten Angelegenheiten des Arbeiterkassenwesens, darunter mit dem Antrage der Kommunisten, dem Ausschuss zur Durchführung des Volkswirtschaftlichen 20000 Mark zur Verfügung zu stellen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten verließen bei der Debatte über die Anträge zum Reichsausschusses den Sitzungssaal. Die Abstimmung über die Anträge wurde auf Donnerstag vertagt.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 8. Februar 1.164.000. Die Abnahme gegen die Vorwoche beträgt 10078 und gegen die gleiche Periode des Vorjahres 78059.

Das amerikanische Ozeanpostamt. Das Repräsentantenhaus hat den Gesetzentwurf über die Bewilligung der Mittel für das Meer im Gesamtbetrag von 330.500.000 Dollar angenommen und dem Senat überwiesen.

Vorlesungen für den Matteotti-Prozess. Paolo d'Italia glaubt, daß der Matteotti-Prozess in Genua am 15. März anfangen und in 8-10 Sitzungen zu Ende sein werde. Es seien Maßnahmen getroffen worden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Der Papst gegen die jehische Frauen-Mobe. Der Papst empfing gestern die Vizebürgermeister der Stadt Rom und hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er besonders die jehische Frauen-Mobe tadelt, an der auch die Männer Mitschuld hätten. Er ermahnte die Prediger, gegen dieses Uebel ihre Stimme zu erheben.

Österreichische Schutts für Berlin. In Berlin trafen vier Vereinskassen österreichischer Volksgemeinschaften ein. Es handelt sich um 15 Offiziere und 500 Mann, die nach eingehender Unterweisung und Ausbildung für den Berliner Dienst, auf die einzelnen Volksgemeinschaften verteilt werden. Für den Transport von Österreich nach Berlin wurde der Seeweg bis Stettin gewählt. Die Städte der Berliner Volksgemeinschaft wird durch die österreichische Führung nicht erhöht. Die Beamten dienen vielmehr zur Aufstellung der Volkstruppenteile in der Reichshauptstadt, die Beamte in die befreite Berliner Zone abgegeben haben.

Der Großherzog als Bürgerwehlerkandidat. Der ehemalige Großherzog von Oldenburg wohnt jetzt in Hattorf unweit der Hauptstadt, einer kleinen Gemeinde, die sich in einer Wäldchen entwickelt hat. Der frühere Großherzog kennt alle Gemeindeglieder, unterhält sich gern mit ihnen und ist in der Gemeinde sehr angesehen. So konnte es denn nicht überraschen, daß neulich eine Abordnung aus der Gemeinde um den Willen des Bürgerwehlers anbot, der demüthigt sei wird. Der Großherzog hat, wie es heißt, verzögert, sich die Sache zu überlegen.

Die Verhandlungen Dr. Weich in Paris. Der Leiter der Berliner Kriminalpolizei, Dr. Weich, der in Paris weilte, hatte vorgestern eine Unterredung mit den Leitern der französischen Sicherheitspolizei Dematt und Belange. Dr. Weich hat sich besonders über die Organisation der französischen Polizei unterrichten lassen und dann längere Zeit mit Dematt über die ungarischen Fallschirmjäger verhandelt. Dr. Weich hat den französischen Beamten genauere Aufklärungen über die Wäre gegeben, besonders über die deutsche Untersuchung, die sich auf Schulz bezieht. Im Verlauf des gestrigen Tages wurde Dr. Weich von der französischen Volkstruppenteile empfangen.

Vor dem Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten. Wie der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, weisen verschiedene aus den Donau-landschaften eingetragene Nachrichten auf die Dringlichkeit des Rücktritts des Grafen Bethlen von dem Posten des ungarischen Ministerpräsidenten hin. Als Grund hierfür gibt man an, daß Graf Bethlen nicht in der Lage gewesen sei, die notwendige Unterstützung für seinen Entschluß zu erhalten, dem Notstand auf den Grund zu gehen und die Verdränger ohne Rücksicht auf ihre politische Verbindung und persönlichen Beziehungen kraftlos zu verfolgen. In London hofft man, so führt der Korrespondent fort, daß sich dieser Bericht als unbegründet erweise, da man sich nicht vorstellen könne, daß er andere ungarische Staats-

mann der Unkenntnis bestellte. ...
Der neue Ministerpräsident von ...
Nach dem Urteil von ...

Verurteilung wegen Spionage.

X Leipzig. Wegen Spionage und Landesverrats hatte sich heute der 24-jährige ...
Der Reichsanwalt beantragte 6 Jahre ...
Das Gericht verurteilte ...

Große Unterschlagungen beim Berliner Magistrat.

X Berlin. Die Stadtkommission ...
Der Berliner Magistrat ...
Die Staatsanwaltschaft hat ...

Wohlbekannt
für Sänger, Sportleute, Künstler

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warden.
31. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Es waren kleine Einfamilienhäuser, die hier standen, und der ländliche Charakter der Gebäude ließ die Nähe der Millionenstadt nicht vermuten. Der Richter hatte dem Freiherrn ungefähr die Stelle bezeichnet, an der sich Nummer 27 befinden mußte. Und als er dahingelangen war, griff Johannes Rominger nach der Zündholzschatulle, da er in der Dunkelheit das Ramenschild an der Tür nicht zu entziffern vermochte.
Aber er unterließ es dann doch, Licht zu machen. Denn eben, als er im Begriff dazu gewesen war, erregte ein Stimmenwechsel im Garten seine Aufmerksamkeit. Er vernahm den Klang einer männlichen und einer weiblichen Stimme, ohne doch den Sinn der gesprochenen Worte verstehen zu können. Rammentlich die weibliche Stimme aber schien ihm sehr bekannt, obwohl er sich für den Augenblick vergessens den Kopf gerückt, wenn sie angehört konnte. Er neigte sich ein wenig weiter über den niedrigen Zaun und spähte angestrengt in das Dunkel der Büsche, ohne doch der Redenden ansichtig zu werden.
Wählich aber tauchte in einiger Entfernung die Gestalt eines Mannes auf, um gleich darauf wieder hinter dunklen Buschwerk zu verschwinden. So kurz der Zeitraum gewesen war, in dem er der Erscheinung ansichtig wurde, hatte der Freiherr doch mit Bestimmtheit seinen Sohn erkannt. Der Wortwechsel wurde zu einem kaum noch hörbaren Flüstern, um Augenblicke darauf ganz zu verstummen. Dann aber erkante ein gelinder Aufschrei — und der Freiherr vernahm einen dumpfen Schlag, wie wenn ein menschlicher Körper schwer auf den Boden aufschlug.
Nun ist es ihm nicht länger auf seinem Saubersitzen. Die Tür war offen und zeigte seinem Eindringen keinen Widerstand entgegen. Ohne auf den Weg zu achten, suchte der Millionär sich durch das Buschwerk bis an die Stelle durchzuarbeiten, aus der der Aufschrei erklingen war. Noch aber hatte er den Platz nicht erreicht, als er Eberhards zum zweiten Male ansichtig wurde — sein Sohn lief dem Hause zu.
Und dann wurde er einer weiblichen Gestalt ansichtig, die regungslos ausgestreckt auf dem Boden lag. Er neigte sich herab, und er erkannte Cecile, die Witwe seiner Tochter. Ob sie im Sterben lag, oder ob er vor einer Toten stand — er vermochte es nicht zu sagen. Aber wie mit scharfen Krallen zerriß die Frage sein Herz: War sein Sohn ein Mörder?
32. Kapitel.
Wie zuvor in seinem Leben hatte den Freiherrn ein Entsetzen erfasst, wie es sich seiner bei der Entdeckung bemächtigte, die er da machen mußte. Die ermordete Person da vor ihm — und sein Sohn lebend!

Bermittlung.

Systeme und Schiffbrüche an der groß-britanischen Küste. ...
Ein norwegischer Dampfer gesunken. ...
Ein befestigtes Auto in den Rhein gefahren. ...
Brand in einem Kesselfabrikanten. ...
Der Wirbelsturm auf Madagaskar. ...
Rafesepidemie in Straßburg. ...

Charakterepidemie in einem französischen Infanterie-Regiment. ...
Hebräer-Drama in Heilsbrunn bei Nürnberg. ...
Die erste Hinrichtung in Mecklenburg-Strelitz. ...
Ein Gefängnis-Inspektor auf der Anklagebank. ...
Bestrafung eines Rettungsangelegers. ...
Aufklärung des Betruges mit französischen Goldmünzen. ...
400000 Mark für den Dombau zu Mainz. ...
er die schlechten Anlagen im Reime ersticken können, wenn er ihrer gewahr geworden wäre — aber er hatte ja die Augen geschlossen gegen alles, was ihm nicht bequem erschien.
Und nun war es ihm, als wäre nur er selbst der Schuldige — als müsse er sich nun nach Kräften bemühen, seinen Sohn vor den Folgen einer Tat zu schützen, deren Wurzel tief verborgen in seiner Seele ihren Boden gefast haben mochten. Es wäre seine Pflicht gewesen, dem Johannes das Wachstum zu nehmen. Er hätte es nicht getan, aus Mitleidigkeit und Eigensucht hatte er es verurteilt — nun war es seine Pflicht, Eberhard zu retten.
All diese Gedanken wühlten in dem vom Schrecken überreizten Hirn, während Johannes Rominger sich um die Leblose bemühte. Und was der Millionär gefühlt haben mochte: in diesen Minuten büßte er es furchtbar. Was er in den Augenblicken litt, die seiner Entdeckung folgten, machte das Unrecht eines Menschenlebens gut.
Dann hörte er den Klang lauter, erregter Stimmen. Er richtete sich auf und spähte nach dem Hause. Die Tür war geöffnet worden; und in dem hellen Licht der Lampe, die sie in den Händen hochhielt, erkannte er Herta, seines Sohnes Weib.
Das Herz klopfte dem Freiherrn dumpf und schwer. Was würde er nun sehen? — Würde Eberhard in das Haus gehen, ohne etwas von der Unglücklichen zu sagen, die hier anscheinend sterbend im Grabe lag — oder würde er ein Märchen erzählen, das Unheilvolle zu erklären?
Er wurde nicht lange im ungewissen lassen.
Im nächsten Augenblick kam Eberhard zurück, und Herta, die noch immer die Lampe trug, begleitete ihn. Erst als sie nur noch ein Geringses von ihm entfernt waren, machte Johannes Rominger daran, sich in den Schatten eines dichten Busches zurückzuziehen, um sich ihren Blicken zu verbergen. Aber es war zu spät gewesen.
Herta fuhr mit einem leisen Aufschrei zurück und klammerte sich angstvoll an ihren Gatten.
„Da ist jemand — ein Mann — gleich hier bei dem Busch“, flüsterte sie bebend, doch laut genug, daß der Freiherr jedes ihrer Worte verstehen konnte.
Auch Eberhard war stehen geblieben.
„Gauf zum Doktor!“ sagte er rasch und bestimmt und drängte sie in der Richtung der Gartentür, ihr das Licht aus der Hand nehmend. Sie zögerte; dann gehorchte sie doch und lief auf die Straße. Eberhard wartete ruhig, bis sie sich entfernt hatte. Dann eilte er mit raschen Schritten nach dem Busch, in dessen Schatten sich der Freiherr verborgen hatte, und hob die Lampe, daß ihr Lichtschein voll auf Johannes Romingers Antlitz fiel.
„Mein Vater!“
Nur ein Ausruf höchster Überraschung war es gewesen — dann trat er zurück. Und der Freiherr sah in ihm helles Gesicht, sah in zwei Augen, in denen sich Erschrecken und — wie er meinte — Schuldbewußtsein blitzten.

in dem gefährdeten Dom eine Anleihe von 400.000 Mark ausgenommen werden soll. Die Stadt soll die Verzinsung und Amortisation auf 10 Jahre garantieren wofür der Betrag von 50.000 Mark bewilligt wurde.

Ein russisches Filmheim in Berlin. In Berlin ist nach der „B. A.“ ein deutsch-russischer Filmklub gegründet worden. Eines seiner Ziele ist, die Annäherung zwischen deutschen und russischen Filmleuten anzubahnen.

Große Steuerhinterziehungen in Norwegen. Aus Fredrikstad wird gemeldet: Durch den kürzlich über Hauges Bruk verhängten Konkurs sind große Steuerhinterziehungen des Besitzers dieser Fabrik, des bekannten Konfekt-Wespe, ans Tageslicht gekommen. Wespe, der früher als einer der reichsten Leute Norwegens galt, hat seit dem Jahre 1918 die Stadt Fredrikstad um über 600.000 Kronen Gemeindesteuern betrogen. Der doppelte Betrag muß jetzt aus der Konkursmasse ersetzt werden. Außerdem beabsichtigt die Stadt, strafrechtlich gegen Wespe vorzugehen.

Ein Kammer Kellender. Der amerikanische Millionär Scripps, Eigentümer von 28 Zeitungen und ein der sonderbarsten Originale, unternimmt zur Zeit die Weltreise in seiner Segelyacht. Seine Umgebung ist gewöhnt, ihn fast nie sprechen zu hören, er verständigt sich meistens durch Zeichen und kann daher nur jahrelang gekostetes Personal um sich haben. Auf dem Wege zwischen Newport und dem Kap hat er seine Kabine nicht einmal verlassen. Zwei Sekretäre wechseln sich ab, ihm vorzulesen.

Für solche, die zu viel Zeit haben! Ein junger Norweger in Stabäl, der anscheinend nichts anderes zu tun hat, hat sich die Zeit genommen, festzustellen, wie schnell sein Bart wächst und hierbei gefunden, daß das Wachstum des Bartes in einer Woche ganz 3,5 Millimeter beträgt, was einem Wachstum von 0,020 823 Millimeter in der Stunde oder 0,000 007 787 Millimeter in der Sekunde entspricht. Außerdem hat er die Wissenschaft auch um die Kenntnis bereichert, daß es ganze 5495 Jahre dauern würde, bis sein Bart, wenn er immer mit derselben Schnelligkeit weiterwachsen würde, eine Länge von einem Kilometer erreichen würde. Ob die errechneten Figuren richtig sind, wissen wir nicht, wer aber an der Richtigkeit zweifelt, kann sich ja die Mühe machen, sie nachzuprüfen, schreibt das norwegische Blatt, dem der junge Gelehrte seine Beobachtungen mitgeteilt hat.

Zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird sich wahrscheinlich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in folgender Reihenfolge vollziehen:

Am 8. März nachmittags 3 Uhr wird eine Völkerbundsratsitzung zusammenreten, nachdem vorher noch einmal der Völkerbund getagt hat. Die Völkerbundversammlung wird zwei Ausschüsse einberufen. 1. Eine Ausnahmekommission für Deutschlands Eintritt. 2. Einen Ausschuss für Budgetfragen.

Die Aufnahmekommission wird sofort einen Ausschuss bilden, der geheim tagt. Zu diesem Unterausschuss werde vermutlich ein deutscher Delegierter zur Auskunfterteilung hinzugezogen werden. Die Abstimmung in der Völkerbundversammlung dürfte kaum vor dem 10. März erfolgen. Nach der Zulassung Deutschlands in die Völkerbundversammlung tritt der Völkerbundrat wiederum zusammen, wegen der Vereichung eines Mitgliedes an Deutschland. Wenn der Rat hierüber einstimmig entschieden hat, wird dieser Entscheid an die Versammlung gegeben und diese hat durch einfache Mehrheit zu entscheiden.

Und er trat vorwärts und ergriff den Sohn hart am Arm, ihm fest in die Augen sehend. Eberhard stieß hervor:

„Wie lange bist du hier? — Was hast du gesehen?“ Das war, als hätte er dem Vater seine Schuld eingestanden. So furchtbar war der Schlag, daß sich Johannes Romingers Haupt darunter beugte, und für die Dauer eines Atemzuges vermochte der Freiherr kein Wort zu sprechen. Dann aber richtete er sich auf — die Blicke der beiden Männer trafen sich — und Johannes Rominger sagte: „Nichts. Ich habe nichts gesehen. Es muß ein Unglücksfall gewesen sein — nichts weiter.“ Ein Ausdruck grenzenlosen Staunens kam in Eberhards verstörte Züge.

„Ein Unglücksfall!“ wiederholte er. „Nein, beim Himmel, es ist ein Mord — ein gemeiner Mord.“

Und wie sich jetzt ihre Blicke ineinander senkten, da las jeder in der Seele des anderen wie in einem offenen Buch. Da wußte jeder um die Gedanken des andern, als hätten sie sich lange Bekanntschaft gemacht. Eberhard sah, daß sein Vater ihn für den Schuldigen gehalten hatte — und daß er in angstvoller Liebe gewillt gewesen war, dem Schuldigen beizustehen. Johannes Rominger aber erkannte, daß ein schwerer Irrtum ihn gemartert hatte.

Es wahrte wohl kaum eine halbe Minute, daß sie sich so schweigend gegenüberstanden. Ihnen aber erschien die minzige Zeitspanne wie eine Ewigkeit. Sie wechselten kein Wort; sie gaben sich keine Erklärungen, und keiner sagte dem andern, was ihn bewegte. Aber als sie sich wie in schweigender Uebereinkunft gleichzeitig dem verwundeten Mädchen zuwandten, da wußte jeder, daß er für einen Augenblick dem andern ins Herz gesehen hatte. Und sie wußten, daß sie sich gegenseitig verkannt hatten bis zu diesem Augenblick.

„Ich muß nach dem Mädchen sehen.“ sagte Eberhard mit einer vor übergroßer Erregung gepreßten und rauhen klingenden Stimme.

Es waren ja in Wahrheit nicht zwei Minuten vergangen, seitdem er herta aus dem Hause geholt hatte. Aber es waren der inneren Erlebnisse in dieser kurzen Spanne Zeit so viel gewesen, daß es den beiden Männern schien, als hätten sie die unglückliche Stundenlang ohne Hilfe liegen lassen. Johannes Rominger nahm die Lampe, während Eberhard auf den Boden niederkniete und die noch immer Regungslos unterfuhte.

„Sie lebt.“ sagte er kurz. „Und ich denke, daß sie zu sich kommt.“

In diesem Moment öffnete Cécile die Augen, und mit einem wirren Blick zu dem Manne emporstarrend, der sich über sie neigte, sagte sie zweimal kaum hörbar: „Louis! — Louis!“

Einige Augenblicke noch blieb sie so liegen. Dann erst schien sie das Bewußtsein voll wieder zu erlangen. Sie erkannte die beiden Männer, in deren Gesellschaft sie sich befand, und machte einen Versuch, sich rasch aufzurichten — Eberhard, um zu stehen — plötzlich verhielt sie sich.

Zeitungsdruck-Störungen und Telegramme

vom 17. Februar 1926.

Alarmzustand in Budapest.

Berlin. (Funkpruch.) Nach einer Meldung der B. A. aus Budapest hat die Oberkassabauverwaltung die Polizei für zwei Tage in Alarmzustand versetzt. In allen Straßen patrouillieren verstärkte Polizeiposten, um jeder Unruhe vorzubeugen.

Vom Vermessungsschiff „Meteor“.

Berlin. (Funkpruch.) Das Vermessungsschiff „Meteor“ hat den Molle-Dalen (Süd-Georgien) am 10. Februar nach Auslieferung erdmagnetischer Beobachtungen verlassen. Die geplanten astronomischen Kontrollbeobachtungen konnten infolge ständiger Bewölkung nicht ausgeführt werden.

Drei junge Deutschen ertrunken.

Berlin. Wie aus Stettin gemeldet wird, sind drei junge Deutschen in Vohme auf der Insel Rügen auf dem Eise ertrunken.

Zur Budapestter Fälschungssangelegenheit.

Berlin. (Funkpruch.) Der in der Budapestter Angelegenheit genannte Schulz, ist als der frühere Abteilungsleiter der Pesterbürger Druckerei, Arthur Schulz, von der Berliner Kriminalpolizei ermittelt worden und hat sich selbst dieser gestellt.

Die amerikanischen Schadenersatzforderungen gegen Deutschland.

Berlin. Die Morgenblätter melden aus Newyork: Die amerikanische deutsche Schadenersatzkommission hat gegen Deutschland die Forderungen im Gesamtbetrag von 5 397 368 Dollar ausgeteilt. Man schätzt die Ansprüche insgesamt etwa 180 Millionen Dollar, wozu nicht die der amerikanischen Regierung mit 70 Millionen Dollar kämen.

Marinemaler Carl Becker gestorben.

Berlin. In Rhenkeden bei Blankenese ist am Sonnabend der Marinemaler Carl Becker im 63. Lebensjahre nach schwerer Krankheit gestorben.

Jum Fall Duppe.

München. (Funkpruch.) Wie die Fränkische Tagespost zu der gestrigen Meldung, wonach die Kammer des Münchener Gerichts beschlossen hat, den Antrag des Staatsanwalts, betr. Einleitung eines Weineidsverfahrens, nicht stattzugeben, erklärt, hat der Staatsanwalt gegen diesen Beschluß Beschwerde eingelegt. Die Entscheidung liegt nun beim Obersten Landesgericht in München.

Mittrauensantrag der Deutschen im tschechischen Abgeordnetenhaus.

Prag. Der deutsche Verband hat in der Diensttagung des Abgeordnetenhauses gemeinsam mit der deutsch-nationalen Partei und unterstützt von den Sozialdemokraten und Kommunisten einen von mehr als 100 Abgeordneten unterzeichneten Antrag überreicht, der Regierung wegen Verletzung des internationalen verbürgten Sprachschutzes der nationalen Minderheiten das Mittrauen auszusprechen.

Die Streiklage im Becken von Charleroi.

Brüssel. Die Mehrheit der streikenden Metallarbeiter im Becken von Charleroi hat, der Empfehlung des Streikausschusses entsprechend, den Vermittlungsvorschlag des Ministerpräsidenten angenommen. Die Arbeitgeber werden morgen zusammentreten.

Zusammenstoß in einem belgischen Ort.

Brüssel. In Florenville kam es am Dienstag zu schweren Zusammenstößen, als auf Veranlassung des Stadtrates mehrere Arbeiter aus einer Volksschule gewaltam entfernt werden sollten. Als die Schwerkern ersicht wurden, die Schule zu verlassen, widerlegte sich ein großer Teil der Bevölkerung. Es mußte eine Gendarmerieabteilung aufgebracht werden, die aber nichts gegen die Menge ausrichten konnte. Es kam zu einer allgemeinen Schlägerei, da der Gendarmerie verboten war, von der Waffe Gebrauch zu machen. Die Menschenmenge, die die

Schwerkern in Schutz nahm, wurde von zwei Abgeordneten gefoltert. Nachdem weitere Abteilungen herangezogen waren, führte die Gendarmerie mit gepogener Waffe die verborstlichen Schulkinder ab. Es gelang dann schließlich, die Schwerkern gewaltlos zu entfernen.

Beisprechung zwischen Doesch und Brand.

Paris. (Funkpruch.) Der deutsche Botschafter von Doesch hat heute vormittag eine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten gehabt. Es wurden dabei verschiedene zwischen Deutschland und Frankreich schwebende Fragen, u. a. auch das Problem der zukünftigen Zusammenfassung des Völkerbundsrates behandelt.

Ein amerikanischer Missionar in den chinesischen Kämpfen getötet.

Paris. (Funkpruch.) Nach einer vom Newyork Herald wiedergegebenen Nachricht aus Peking ist ein amerikanischer Missionar in den Kämpfen zwischen Wupeifu und Tschangtsolin bei Sinjang getötet worden.

Gegen unerwünschte Einwanderung in Amerika.

Paris. (Funkpruch.) Der Newyork Herald berichtet aus Washington: Der Einwanderungsausschuss des Repräsentantenhauses habe einen Kredit von 100.000 Dollar bewilligt, damit unerwünschte fremde Personen, die während der letzten 5 Jahre in die Vereinigten Staaten eingewandert seien, deportiert werden könnten.

Gerücht über eine Revolution in Persien.

Paris. „Echo de Paris“ verzeichnet ein Gerücht, nach dem in Persien eine Revolution ausgebrochen sein soll. Im französischen Außenministerium, so erklärt das Blatt, habe man für dieses Gerücht keine Bekätigung.

Die französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen.

Paris. Nach einer Privatmeldung aus Washington verhandelt der französische Botschafter in Washington zwecks Regelung der Frage der französischen Schulden fortgesetzt mit den Mitgliedern der Schuldenliquidierungskommission und mit führenden Senatoren.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik endgültig beendet.

Scranton. Der Verband der Arbeiter im Anthrazit-Kohlenbergbau hat das Abkommen über die Beendigung des Streiks endgültig angenommen.

Graf Broddorff-Ransau bei Ingenieur Cä.

Moskau. (Funkpruch.) Nachdem im Prozeß gegen die verhafteten deutschen Konsular-Agenten die russische Untersuchungsbehörde auf wiederholte Freilassungen der Botschaft sich mit dem Befehl des mitbeständigsten russischen Staatsanwaltes Ingenieur Cä, der kein Konsularagent war, einverstanden erklärt hatte, hat der deutsche Botschafter Graf Broddorff-Ransau Herrn Cä gestern im Untersuchungsgefängnis persönlich aufgesucht. Cä ist nicht in Einzelhaft, sondern in Gemeinschaftshaft und hat weder in Bezug auf die Behandlung, noch auf die Verpflegung Beschwerde zu führen. Der deutsche Botschafter hat ferner durchgesetzt, daß Frau Cä, die zurzeit in Moskau weilt, die Erlaubnis erhält, ihren Mann wieder zu sehen.

14 Jüge im Schnee.

Moskau. Infolge andauernden Schneefalles ist der russische Eisenbahnverkehr auf den meisten Strecken im Süden geraten. In den letzten fünf Tagen sind in der Nähe von Moskau 14 Jüge eingeschneit worden. Aus den Provinzen kommen Meldungen von zahlreichen Eisenbahnunfällen.

Bekannt
wird Dein Name
Durch Reklame
Inseriere im Riesaer Tageblatt

daran, und Eberhard gebot ihr energisch, sich ganz ruhig zu verhalten, bis der Arzt kommen würde.

Voll augenscheinlicher Furcht gehorchte sie und ließ sich wieder zurückziehen. Aber sie gestattete nicht, daß irgend jemand sie berührte.

„Ich fühle mich ganz wohl, ganz wohl.“ stammelte sie, und in ihrer Aufregung und Verwirrung bediente sie sich der französischen Sprache. „Ich — es tut mir leid, dem gnädigen Herrn diese Aufregungen zu machen. Ich —“

„Beunruhigen Sie sich nicht.“ schnitt ihr der Millionär das Wort ab. „Verhalten Sie sich nur ruhig. Wir wünschen nichts, als Sie wieder wohl zu sehen.“

Der Blutverlust hatte sie wohl doch sehr geschwächt, denn sie schloß mit einem leisen Stöhnen die Augen und machte keinen Versuch mehr, ihre Entfernung durchzusehen. Blückerweise kehrte herta sehr bald mit dem Arzt zurück, der in unmittelbarer Nachbarschaft wohnte und den sie daheim angetroffen hatte.

Das Erscheinen der beiden rief eine große Verwirrung hervor. Cécile hielt den Arzt offenbar für einen Polizeibeamten, herta war aufs äußerste überrascht von der Anwesenheit Johannes Romingers, und der Millionär selbst bemühte sich zu erklären, daß seine Anwesenheit mit dem Geschehenen nichts zu schaffen hatte.

Mit einiger Mühe nur gelang es, die Jose so weit zu beruhigen, daß sie dem Arzt gestattete, sie zu untersuchen. „Wir müssen sie ins Haus bringen.“ erklärte der Herr, der sofort erkannte, daß die von einem Messer herührende Wunde weder tief noch gefährlich sein konnte, und daß die Aufregung des Mädchens wohl ganz andere Ursachen hatte, als von der Verwundung herührende Schmerzen.

Aber Cécile wehrte sich verzweifelt. „Ich will nicht in das Haus. Ich bin nicht der Dieb gewesen.“ erklärte sie leidenschaftlich.

Diese Worte, die sie wohl kaum gesprochen hätte, wäre sie nicht noch immer halb benommen gewesen, riefen ein allgemeines Erstaunen hervor, und niemand sprach zunächst ein Wort.

Johannes Rominger erhobte sich zuerst von der Verhüllung, in die dies halbe Bekenntnis sie alle verflocht hatte.

„Ist ihr Befinden gut genug, daß man sie verhören kann?“ wandte er sich an den Doktor. „Es würde nur Gutes für sie bedeuten.“

„Gewiß.“ lautete die Antwort. „Sie scheint einen großen Schrecken gehabt zu haben, und sie ist auch verwundet. Aber die Verletzung ist nicht so bedeutend, daß ihr das Sprechen Schaden tun könnte.“

Der Millionär wandte sich an das Mädchen, dem die Todesangst deutlich genug auf das Gesicht geschrieben war.

„Hören Sie, Cécile!“ sagte er ernst. „Ich weiß, daß Sie an der Tat dieses — dieses Louis beteiligt sind. Das Mädchen, das sich natürlich nicht mehr daran erinnert, den Namen selbst genannt zu haben, fuhr erbrochen aus

sammen. Und der Freiherr, der weder von dem ominösen Louis noch von seiner Tat auch nur das Geringste wußte, fuhr fort:

„Ich trage kein Verlangen danach, mich an Ihnen zu rächen, oder Sie hart zu behandeln — so wenig wie irgend jemand von uns. Aber ich wünsche allerdings die volle Wahrheit zu erfahren. Wenn Sie sich ruhig fügen und mit in das Haus kommen, um uns alles ohne Rückhalt und ohne Entstellungen zu erzählen, will ich nicht nur davon absehen, Sie über diesen Louis verfolgen zu lassen, sondern ich werde sogar ein übriges tun und Sie für die Zeit Ihrer Krankheit untertügen. Festhalten werden wir Sie nicht. — Nun — was sagen Sie dazu?“

Die Französin, die sich inzwischen über ihre Lage klar geworden war und wohl erkannte, daß sie sich in den Händen der anderen befand und auf ihre Gnade angewiesen war, war klug genug, einzusehen, daß der Vorschlag des Freiherrn mehr als günstig war. So erklärte sie sich bereit, darauf einzugehen, und ließ es zu, daß man sie in das Haus schaffte.

In der Tür des Hauses nahm hertas Mutter sie in Empfang. Ruhig und vornehm in ihrer Art, stellte sie keine Frage und zeigte kein Erstaunen. Umsichtig ordnete sie das Notwendige an, und ohne auf den Freiherrn zu achten, dessen höfliche Begrüßung sie in der gleichen Weise erwidert hatte, ging sie dem Arzt zur Hand, der die Wunde des Mädchens ausmusch und Verband.

Erst als das geschehen war, sah sich Cécile dem Freiherrn zum zweiten Male gegenüber, der in einem Nebenraum gewartet hatte, während der Arzt sich mit seiner Patientin beschäftigte.

Er war nicht allein gewesen; sein Sohn hatte sich im gleichen Zimmer befunden. Aber es war kein Wort zwischen ihnen gewechselt worden. Eberhard, der zu stolz war, den Vater, der ihm den Rücken zuwandte, anzureden, war nicht einmal ganz gewiß, ob Johannes Rominger überhaupt Kenntnis hatte von seiner Anwesenheit. Aber als herta dann das Zimmer betrat, um den Blick zu Boden gesenkt, den Freiherrn davon zu benachrichtigen, daß er Cécile sprechen könnte, bedeutete der Freiherr dem Sohn durch eine stumme Geste, ihm ins Nebenzimmer zu folgen.

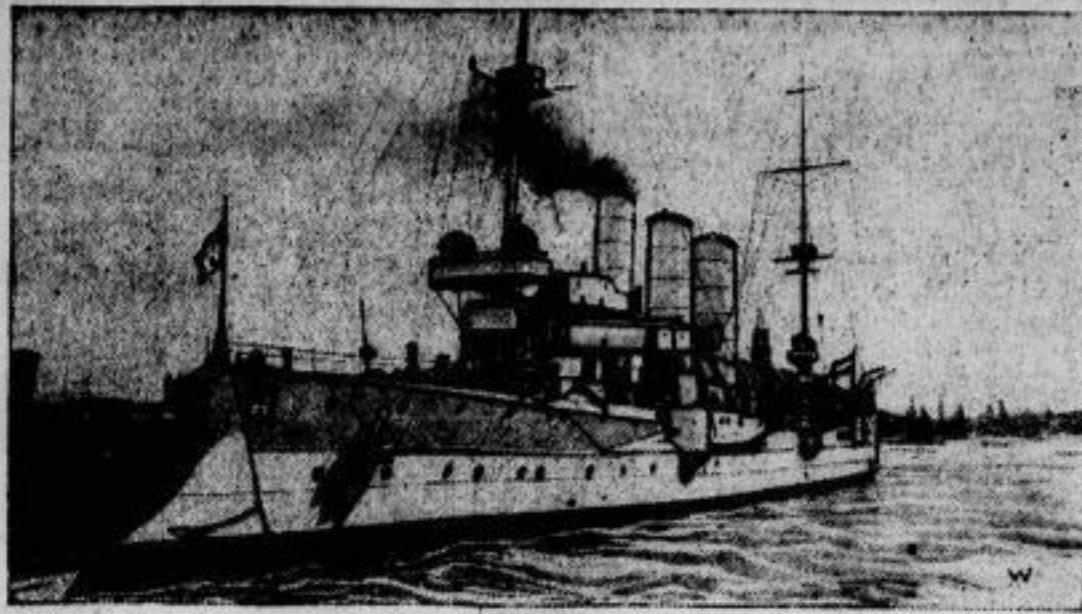
Sie fanden Cécile in angstvoller Erregung. Die andern vertieften den Raum, als die beiden Männer eintraten; und erst, als er mit seinem Sohne bei der Französin allein war, öffnete der Millionär die Lippen.

„Nun, Cécile.“ sagte er, „die volle Wahrheit, bitte! — Und wenn ich sehe, daß Sie mir alles gefagt haben — ohne sich selbst oder andere zu schonen — so will ich Sie ohne Weiterungen gehen lassen und Ihnen zweihundert Mark geben.“

Als er das Geld erwählte, klärten sich die Züge des Mädchens auf, und sie sagte rasch:

„Ich will Ihnen alles sagen — alles — die volle Wahrheit.“

Werbung folgt



Weltreise des Kreuzers „Hamburg.“

Der deutsche Kreuzer „Hamburg“ ist zur Wählung des Kreuzers „Berlin“, der Ende März in die Heimat zurückkehrt, von Wilhelmshaven aus zu einer anderthalbjährigen Weltreise ausgelaufen. Der realernde Bürgermeister von Hamburg, Dr. Beterien, überaß vor der Abfahrt eine von Hamburger Frauen geleitete Hamburger Standarte, die der Kreuzer auf Anordnung des Reichspräsidenten als Topp-Flagge führen darf. Der Kreuzer führt die Fahrt unter dem Kommando des Fregatten-Kapitäns Dr. h. c. Gross als Schulkreis aus und hat über 100 Seefabekten an Bord.



Der neue Befehlshaber des Bechrfregates III
Generalleutnant Hoff.

Stelle des aus dem Generaldienst ausgeschiedenen Generalleutnants von Horn ist Generalmajor Hoff zum Befehlshaber des Bechrfregates III, der die Provinzen Brandenburg, Niederhessen und Oberhessen umfaßt, ernannt worden.

Sind Blumen Luxus?

Nicht da, wo die allerhöchste Notwendigkeit aufhört, beginnt schon jenes buntschillernde Reich, das wir dem verachteten König Luxus zu eigen gegeben haben, sondern erst dort, wo Bequamsheit und Freude und Schönheit, die auch in unser Leben hineingehören, verwandelt werden in leichtentbehrliche Schöpfungen der launischen Phantasie.

Wir dürfen es Luxus nennen, und so viel des Guten und Schönen zu gestalten, daß wir es gar nicht zu schätzen vermögen; es ist aber nicht Luxus, uns neben unserer Arbeit auch Freude zu suchen, die uns wieder froh und stark macht zu neuen Pflichten. — Wir dürfen es Luxus nennen, und ein Haus einzurichten mit zahlreichen Staats- und Gesellschaftszimmern; es ist aber nicht Luxus, wenn wir unser bescheidenes kleines Heim schmücken, so gut wir es zu tun vermögen. Blumen sind nicht Luxus, wenn sie auch zu dem Schönen gehören, was es überhaupt gibt, wie es ja überhaupt oft vorkommen mag, daß Luxus und das wahrhaft Schöne nichts miteinander zu schaffen haben. Blumen gehören zu uns, und wir bedürfen ihrer, wie wir das Blau des Himmels, den Schein der Sonne brauchen. Gewiß, wir leben ja auch, wenn dunkle Wolken uns das Blau des Himmels, den Sonnenschein verhüllen, und wir fühlen uns dann kaum ärmer oder minder wohl, wenn dieser Zustand nur nicht lange anhält. Sonst wird es allerdings anders, denn wer will leugnen, daß anhaltend trübes Wetter die kraftloseste Seele zu trüben vermag! Aber es muß wohl stimmen, daß wir das Heile und Frohe in unserm Leben nicht leicht oder lange entbehren können, ohne daß man uns den Vorwurf des „Luxus“ machen dürfte.

Darum sind auch Blumen kein Luxus, sondern gehören zu den schönen Gaben der Natur, die wir ohne Scheu, aber mit Dank hinnehmen sollen, und an denen wir uns freuen dürfen, wie an reichem Lohn für fleißiges Schaffen.

Salerie Ruffner.

Die Mutter und ihr Schulkind.

Von Dr. med. Hie Sagunn (Berlin).

Daß man mit Recht in letzter Zeit in härkerem Maße die Schule ihre Pflicht betont, zur Gelfunderhaltung der Schulkinder beizutragen, so viel gerade das Elternhaus diese Vorzüge unterlassen.

Man frage einmal in einer Schulkasse, selbst auf einer höheren Schule, wieviel Kinder zur Schule kommen, ohne gefrühstückt zu haben. Ein Drittel bis die Hälfte, vielleicht auch mehr. Nicht aus Mangel. Die Gründe sind immer die gleichen: „Ich hatte keine Zeit mehr, ich habe keinen Appetit, ich kann morgens nichts essen.“ Rechtzeitig, eine Stunde vor Schulbeginn, siehe das Kind auf, die Mutter frühstückt mit dem Kind zusammen, oder sei wenigstens bei dem Frühstück zugegen. Dann wird diese für das Kind unbedingt notwendige Morgenmahlzeit auch eingenommen werden. Das Frühstück, das zur Schule mitgenommen wird, soll in einer — der großen — Pausen aufgefressen werden. Vor allem nicht auf dem Nachhauseweg, wie es oft geschieht, um die Proteine nicht zurückzubringen und gescholten zu werden.

Nächt man ein Schulkind sich an einem kalten Winter- tage zu einer Unternehmung anziehen, so kößt man auf immer neue wärmende Hüllen, oft 4-6 Schichten übereinander. Und dann haben die Kinder in der Klasse oft noch Überjacken und Mäntel an. Und das alles, weil es — draußen — so kalt ist. Nichts ruft so viele Ergänzungen hervor, als diese verhängnisvolle Überangemessenheit vor dem Erfüllen der Kinder, die zu solchen falschen Maßnahmen führt. Man gewöhne die Kinder an reichlich frische Luft! Man dulde nicht, daß sie zuhause sitzen, höchstens ein paar Einkäufe besorgen, sondern dringe darauf, daß sie sich im Freien tummeln, auf Spielplätzen, Eisbahn und sonstigen Plätzen. Sonne, Luft und Licht sind die besten Waffen auch gegen den größten Widersacher, der in steigendem Maße unsere Jugend bedroht, die Tuberkulose.

Reinlichkeit und peinliche Saubertätigkeit für die Kinder sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, aber oft fehlt es auch hier am nötigen; man denke etwa an das Handwaschen vor jeder Mahlzeit. In einer Klasse — ich spreche von höheren Schulen — erklärte mir kürzlich die weitaus größere Hälfte der Schülerinnen, sie würden nur bis zum Halsanschnitt gewaschen. Und doch sollte der Körper wenigstens einmal am Tage mit lauwarmem oder kühlem Wasser ganz abgerieben und dabei fleißig frottiert werden.

Als letztes Wort zum Schluß. Die Kinder brauchen unbedingt in der ganzen Zeit ihrer Entwicklung eine ausreichende Menge Schlaf. Nicht jedes Familienselbst, jeder Besuch einer Tante oder der häufige Besuch der Kinder von Kino, Theater und sonstigen geselligen Veranstaltungen sollte die Regelmäßigkeit der Nachtruhe unterbrechen. Ordnung und Regelmäßigkeit sind nicht nur gesundheitsfördernd, sondern auch erzieherisch von größter Bedeutung.

Das Befolge scheint so einfach, so selbstverständlich zu sein. Möchte jede Mutter es sich zur Regel machen, auch wirklich darnach zu handeln zum Behen ihres Schulkindes.



Der Generalsekretär des Völkerverbundes in Berlin.
Sir Eric Drummond.

Sir Eric Drummond ist aus Genf kommend in Berlin eingetroffen, um mit Dr. Stresemann ansehend über Deutschlands Sitz im Sekretariat des Völkerverbundes und über die Zeremonien bei der Aufnahme Deutschlands zu verhandeln.

Für die Funkrundschau.

In den Niederlanden ist ein Ausschuss gebildet worden, der im Zusammenarbeiten mit dem Kultusministerium die Möglichkeiten der Ausnutzung des Rundfunks für Zwecke des Unterrichts erörtern soll. — Die Rundfunkstelle Genf sendet jetzt auf Welle 700 Meter. Die neue Welle mußte gewählt werden, weil die Darbietungen auf der bisherigen Welle durch fremde Sender gekürzt wurden. — Funktelegraphische Verbindungen sind zwischen England einerseits und Jugoslawien und Bulgarien andererseits eingerichtet worden. — Die Zahl der Rundfunkteilnehmer in England belief sich nach dem Stande von Ende Dezember 1925 auf 1 644 225. Während die Zunahme in jedem Monat durchschnittlich 10 000 bis 50 000 beträgt, betrug die Zahl der im Dezember erteilten Genehmigungen 695 393. Diese erhebliche Zunahme dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß als Weihnachtsgaben in sehr vielen Fällen Rundfunkgerät geschenkt worden ist. — Im Stodensuhl des Rathauses Kopenhagen ist ein Mikrophon angebracht worden, jeden Sonntag um 6 Uhr abends (mitteleuropäische Zeit) wird das Mikrophon eingeschaltet, um das Geläut durch Rundfunk (Welle 340 Meter) zu verbreiten. — Zwischen Desterreich und Spanien ist eine funktelegraphische Verbindung eingerichtet worden. — Die neue Rundfunkstelle in Bergen (Norwegen), die mit einem 1 1/2 Kilom. Sender ausgerüstet worden ist, stellt jetzt täglich auf Welle 350 Meter Versuche an. Die Ankündigung wird in verschiedenen Sprachen gegeben. Außer eigenen Darbietungen wird die neue Sendestelle künftig auch die neuen Darbietungen von Oslo weiter verbreiten. — Welchen Umfang die Funkindustrie in den Vereinigten Staaten angenommen hat, geht daraus hervor, daß sie nach der Größe ihres Umfangs jetzt an zwölfter Stelle steht, während sie noch vor drei Jahren den 31. Platz einnahm. — Gegen die Zenith-Radio-Corporation in Chicago ist von der Regierung ein Verbot wegen des Gebrauchs einer nicht-genehmigten Welle erlassen worden. Als sich seinerzeit die Gesellschaft für ihre Funkstelle Welle 212,5 um eine Sendegenehmigung bewarb, wurde ihr, da keine Wellenlänge mehr zur Verfügung stand, eine Welle zur Benutzung zur Verfügung gestellt. Die bereits von einer Sendestelle in Denver benutzt wurde. Vor kurzem begann nun die Gesellschaft mit dem Rundfunkdienst und zwar auf einer Welle, die zur Zeit unbenutzt ist, die jedoch den kanadischen Rundfunkstellen vorbehalten ist. Dies ist das erste Verbot dieser Art, und man ist in Amerika auf den Ausnahmefall sehr aufmerksam.

Pferd und Motor.

id. Dresden. Dem Teunton-Zachendienst wird geschrieben: Was sollen die Artikel und Notizen, die in den letzten Wochen in einem großen Teile der deutschen Presse erschienen sind und eine mögliche Verdrängung des Pferdes aus der Landwirtschaft zugunsten des Motors verlangen? Einzelne Stimmen fordern sogar ein völliges Verschwinden des Pferdes aus der Landwirtschaft, weil der Anbau von Getreide, der für das Pferd notwendig sei, sehr viel Boden wegnähme, auf dem sonst Brotgetreide für die Ernährung der Menschen angebaut werden könnte.

In Amerika, dem „Land der Maschinen“, würde niemand Derartiges schreiben. Amerika benutzt heute in seiner Landwirtschaft gegenüber 300 000 Motoren nicht weniger als 26 Millionen Pferde! Für den kleinen und mittleren Landwirt ist der Motor für Feldbestellung und Ernte überhaupt nicht zu verwenden, da die Anschaffungskosten, die Betriebskosten und die Reparaturen viel zu hoch sind und auf kleinem Besitze im landwirtschaftlichen Betriebe nicht eingebracht werden können. Selbst in ganz großen landwirtschaftlichen Unternehmungen, die versuchsweise probierten, vom Pferde loszukommen, hat die vermehrte Einstellung von Motoren eine vermehrte Verwendung von Pferden nach sich gezogen!

Selbstverständlich! Je intensiver der landwirtschaftliche Betrieb durch Motoren geteigert wird, desto mehr Arbeit muß in ihm geleistet werden, desto reicher muß geschafft werden. Tiefere Pflügen mit motorischer Kraft bringt größere Ernten, die schnell weggefahren werden müssen. Zur Steigerung der Erträge muß sehr natürlicher unfruchtlicher Dünger auf die Felder gefahren und ausgebreitet werden. Die Intensivierung erfordert das rasche Pflügen sofort nach der Ernte. Es muß überhaupt alles im Eistempo geschehen, das Pflügen, Eggen, Walzen, Säen, und auch die Ernte muß rasch vom Felde, wenn das Land intensiver ausgenutzt werden soll.

Dadurch kommt ein größerer, eiliger Zug in die ganzen Arbeiten, der stärkere Einklebung von Pferden verlangt, denn das Pferd läßt sich zu jeder Hauptarbeit, zu jeder Zwischenarbeit, zu jeder Nebenarbeit, die die Intensivierung im Gefolge hat, verwenden. Es ist sofort aus dem Stall gezogen, im Handumdrehen eingespannt und zur Arbeit auf das Feld gebracht. Die Maschine ist schwerfällig. Sie kann meist nur eine Spezialarbeit tun, während das Pferd überall zu verwenden ist, besonders der starknackige, schwere, deutsche Warmblüter ist unerschöpflich in seiner Vielseitigkeit. Er zieht den Pflug, den Erntewagen auf jedem Boden, und mit seiner Energie in den steilsten hügeligen Gegenden mit feinstem Terrain, wo jeder Motor versagt. Das Pferd zieht die Rutsche; es trägt seinen Besitzer als Reitpferd über Stock und Steine.

Die Herstellung des Pferdes wächst ganz natürlich aus dem landwirtschaftlichen Betriebe heraus. Das Pferd kann vom Landwirt mit geringen Kosten hergestellt werden, da das für die Produktion notwendige Futter auf eigenem Grund und Boden wächst. Für den Verkauf ist das Pferd fast jederzeit ein lohnendes Objekt, und die Landwirtschaft vieler Gegenden in Deutschland findet seit vielen Jahrzehnten in der Pferdebeziehung den Hauptzweig ihrer Rentabilität. Ohne Pferde wäre der kleine und mittlere landwirtschaftliche Betrieb einfach unmöglich und geradezu verloren. Der Betrieb mit Motoren würde so teuer werden, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte ins Unermessliche steigen und vom Volke nicht mehr bezahlt werden könnten.

Man lasse also der Landwirtschaft das Pferd und vertere sich nicht in Hirngespinnnen. Kühne Phantasten, die von der Landwirtschaft und ihrem Betriebe nichts kennen, glauben, daß der Anbau des für die Pferde notwendigen Pflanzens Bodens entziehe, der durch Anbau mit Brotgetreide zur Volksernährung dienen könnte. Einen großen Teil des angebauten Getreides verzehrt in Form von Getreide, Getreidekörnern usw. der Mensch, da Getreide vor allem für die Nahrung der Pferde die nährstoffreichsten Produkte liefert. Was für die Ernährung der Pferde an Getreide verbraucht wird, ist verhältnismäßig gering, denn zur Ernährung der Pferde werden auch andere Futtermittel, vor allem Heu, Luzerne, Esparsette, Rüben, Kartoffeln und Fabrikationsabfälle herangezogen. Ohne Getreide keine Nahrung für die Landwirtschaft zu betreiben, denn Getreide gehört in die Fruchtfolge und macht erst den Anbau anderer Getreidearten, sowie von Hackfrüchten wie Kartoffeln und Rüben, möglich.

Kunst und Wissenschaft.

Wissenschaften in Wiener Theatern. In einer gestern stattgefundenen Versammlung des Direktorenverbandes aller Wiener Theater wurde erklärt, daß mit Ausnahme von drei Direktoren, sämtliche Direktoren der Privatbühnen ihrem gesamten Personal mit dem heutigen Tage kündigen werden. Nicht verlängert werden die Verträge der Reinhardt-Bühne, ferner der Bühne des Direktors Jarno, der Roland-Bühne, des Bürger-Theaters, des Johann Strauß-Theaters des Karl-Theaters und des Ronacher-Theaters.

Schließung des Klempner- und Installations-Handwerks.

Mit der Bitte um Veröffentlichung geht und folgender Artikel der „Säch. Gewerkschafts- und Gewerbezeitung“ zu: „Ebenso wie die Sächsischen Werke in der letzten Zeit in unbeschreiblichem Umfang in das Tätigkeitsgebiet des Elektro-Installations- und Klempnergewerbes eingegriffen haben, versuchen seit längerer Zeit auch sächsische Betriebe besonders in die Funktionen des selbständigen Klempners einzugreifen und beispielsweise das gesamte Geschäft in Gasverbrauchsapparaten, Gasherden, Kochern und dergleichen durch Errichtung eigener Verkaufsstellen an sich zu reißen. Der Landesauschuss im Verein mit den Bezirks- und Innungsvereinen ist hiergegen verschiedentlich vorgegangen. In einigen Städten sind zwischen Werk und einschlägigen Geschäften Kompromisse geschlossen worden, und die Händler behaupten sich dabei ganz gut, d. h. natürlich nur der Not gehorcht, denn sie haben eben das kleinere Übel gewählt. Das gesamte Gewerbe müßte gegen solche Vergewaltigungen energisch Front machen. Man muß sich fragen: wie kommen überhaupt die Gemeindegewerkschaften, die lediglich für die Bevölkerung Gas herstellen sollen, dazu, sich mit dem Handel mit Apparaten zu befassen? Die Gasanstalten behaupten, daß, wenn sie den Handel in die Hand nehmen, dann mehr Apparate verkauft würden, das dann der Gasverbrauch gehoben und dadurch der Gaspreis verbilligt würde. Diese Gründe sind jedoch nicht stichhaltig, denn den Händlern liegt schon das eigene Interesse daran, mehr zu verkaufen. Im übrigen ist es umgekehrt: je billiger das Gas geliefert wird, desto größer ist der Anreiz zur Einführung der Gasfänge in den Häusern, die sich bisher aus irgendwelchen Gründen davon ferngehalten haben. Und hier liegt der munde Punkt. Wir verweisen hierbei auf den Aufsatz in Nr. 29 der „Deutschen Handelszeitung“: „Umwirtschaftlicher Staatssozialismus“. Darin heißt es:

„Wirtschaftliche Unternehmungen der öffentlichen Verwaltung nennt man solche, die wirtschaftlich arbeiten sollen, als deren Aufgabe es also betrachtet wird, Ueberschüsse abzuwerfen. Darüber vergesse ich leider heute nicht, daß dies nicht auf Kosten einer Uebertreibung des Bedarfs geschehen darf. Zu einer solchen sind die öffentlichen Unternehmungen um so weniger berechtigt, als ihnen entweder gesetzlich oder durch die Verwaltungspraxis eine monopolartige Stellung eingeräumt worden ist. Der Pflicht, die Gesamtheit mit Gas, Wasser, Elektrizität oder Verkehrsdienstleistungen zu angemessenen Preisen zu versorgen, amüßigen sie nicht immer. Leider läßt sich vielfach nicht beurteilen, ob an der übertriebenen Höhe staatlicher oder städtischer Tarife der geldhungrige Nationalismus oder eine Unwirtschaftlichkeit der Betriebe die Schuld trägt. Wähen sie dem freien Wettbewerb handhalten, so wäre gar mancher staatliche und städtische Betrieb zur Verabschaffung seiner Tarife und zur Verbesserung seiner Leistungen gezwungen. Ferner sind die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte ebenso wie die Schlachthöfe und alle anderen öffentlichen Betriebe von der Umsatzsteuer befreit.“

Die Gemeindegewerkschaften sehen vielleicht noch gar nicht einmal Gefahrliches daran, daß ihre Gasanstalt ein Neben- geschäft macht, für den Händler in der Stadt macht diese Abzweigung aber schon viel aus. Wozu sollen dann zuletzt noch die hohen Steuern bezahlt werden, wenn Staat und Stadt die Geschäfte des Klempnerhandels an sich reißen? Nun kommt aber noch ein weiterer Umstand dazu, der weit größeren Schaden anrichtet: das ist das Vorkommen. Um das Geschäft zu machen, geben die Gasanstalten ein halbes Jahr oder auch länger Kredit und bringen Unruhe und Verwirrung in Händlertätigkeit und Kundenschaft. Die Gasanstalten haben nicht, wie der einzelne Geschäftsmann, Verluste zu befürchten, denn entweder trägt sie die Stadt, oder es werden vorher 10 v. H. aufgeschlagen.“

Die Landwirtschaft am Scheideweg.

Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“, Berlin SW. 61, Blätterstraße 12, schreibt: Nur eine kurze Zeitspanne trennt uns noch von der Frühjahrsernte der Felder, von der für die deutsche Landwirtschaft ungeheuer viel abhängt. Mit gutem Recht erwarteten die Landwirte von Tag zu Tag durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der verarmungsbedingten Krise, erlebten indessen bittere Enttäuschungen. Denn die von der Deutschen Goldkreditbank eingeleitete Kreditaktion bringt die erhoffte Entlastung nicht, solange weiterlebende Finanzinstitute sich aus Gründen der eigenen Sicherheit Bedingungen vorbehalten, welche die Inanspruchnahme des Kredites erheblich erschweren und verhindern, ganz abgesehen davon, daß die in Aussicht stehenden Mittel weitaus zu gering erscheinen, dazu auch Bedingungen im Gange sind, die Kreditgewährung von Vorschriften über Aufwendung bestimmter Betriebsmittel abhängig zu machen. Uebrigens hat die Einführung der Wechselverbindlichkeiten während der letzten Monate die Vermittel der Landwirte völlig erschöpft, so daß es ihnen weithin an Betriebskapital für die Frühjahrseinstellung mangelt.

Unter solchen Umständen hat die größte landwirtschaftliche Berufsorganisation, der Reichs-Landbund, die Parole ausgegeben: 1. Stärkere Verabschöpfung der Ausgabenliste, also Vermeidung jeder nicht unbedingt erforderlichen neuen Ausgabe; 2. Vermeidung jeder neuen kurzfristigen Wechselverbindlichkeiten, insbesondere kein Eingehen neuer Wechselverbindlichkeiten. Viel ist somit kein anderes Mittel, die zur Erzielung einer Volkswirtschaft erforderlichen Dünge- mittel zu erhalten als der verhängnisvolle Wechselkredit, so werden die meisten Landwirte auf eine intensive Betriebsweise verzichten, und man wird damit rechnen müssen, daß die Ernteerträge um etwa 20-40 Prozent zurückgehen. Die landwirtschaftliche Gütererzeugung würde damit eine Einbuße von vielen hundert Millionen Mark erfahren, und da wir ohnehin auf ausländische Getreidezufuhren angewiesen sind, müßte im nächsten Jahre unsere Handels- und Zahlungsbilanz etwa dieselben unheilvollen Wege einschlagen wie in der ersten Hälfte des Jahres 1925 unter dem Einfluß einer durch die Witterungsbedingungen schwer beschädigten Ernte. Die das deutsche Volk aber die Mittel aufbringen soll, um für die Verdrängung des elementarsten Lebensbedarfs Milliarden Mark aus Ausland zu zahlen, erscheint völlig rätselhaft, denn an eine namhafte Steigerung unserer Ausfuhr von Industrieprodukten dürfte in absehbarer Zeit nicht zu denken sein.

„Winteraufenthalt für Mittelstandskreise.“

Nach bis vor gar nicht langer Zeit galt ganz allgemein die Ansicht, daß alle Ferien- und Erholungszeit nur die Sommermonate in Frage kommen könnten; sprach man doch und sprach man zumeist auch heute noch nur von Sommerurlaub, Sommerfrische usw. Seit einer Reihe von Jahren ist das anders geworden; mehr und mehr hat sich die Auffassung Bahn gebrochen, daß gerade der

Winter als vorzüglichste Erholungszeit zu gelten hat. Nicht zuletzt mag dieser Meinungsänderung

auf die ständig steigende Ausbreitung des Winterports und seine günstige gesundheitsfördernde Wirkung zurückzuführen sein. Aber selbst wenn die Ausbreitung des Winterports infolge schlechter Schneeverhältnisse nicht möglich ist, ist die Erholung im Winter zumeist gründlicher und nachhaltiger als in den heißen Sommermonaten. Die Luft ist reiner, Strahlen, Wege, Aussichtspunkte sind einlämmer; der Erholungsuchende ist ungestört. Die reine, kalte Winterluft — frei von Staub und Dämpfen — hell und kräftig in hohem Maße. Auch von den Kerkern wird deshalb seit Jahren auf die ausgezeichneten Wirkungen eines Winter-Erholungs- aufenthaltes hingewiesen.

Freilich müssen wir hinaus aus dem Dunkeln der Städte, der Tiefen und dem Flachlande, wo der Schnee selten länger als einige Tage liegt. Es gilt hinaufsteigen ins Gebirge, dorthin, wo etwa von Dezember bis Ende Februar oder gar in den März hinein ununterbrochen Schnee Winter herrscht. Wer aber in der Lage ist, seinen Urlaub im Winter zu nehmen, sollte es tun, er wird ihm gewiß nicht weniger, wahrscheinlich aber bessere Erholung bringen. Zudem sind erfahrungsgemäß viele Firmen und Behörden bereit, den Urlaub im Winter um einige Tage zu verlängern.

Freiwillige Unterkunftsmaßnahmen bietet in ihren beiden Gebirgsheimen die Deutschnationale Krankenkasse, Dambura 30.

Das Rurhaus Friedbrunn im Höhenkurort Friedbrunn (Ostbair.) — 600 Meter über dem Meeresspiegel — zwischen dem lieblichen Isartal und dem romantischen Bodetal und das Rurhaus Oberbach in dem weitberühmten Oberammergau im bayerischen Hochlande sind auch im Winter geöffnet. Beide Heime sind in ihren sämtlichen Räumen recht behaglich und bequem eingerichtet und verbürgen infolge eigener Dampfheizung auch im Winter einen angenehmen Aufenthalt.

Die eigenen sich besonders auch zur Genesung nach überstandener Operationen, inneren Krankheiten, zur Kur bei Nervenschwäche und Nervenstarrheit, Abspannung, Ueberarbeitung im Beruf, bei Asthma und Blutharntum, Friedbrunn besonders auch zur Kur bei nervösen Herzleiden, Herzfehler und Darmstärkerkrankungen leichten Grades.

Außerdem besitzt die Kasse in Bad Mergentheim im württembergischen Taubertale das „Haus Schwaben“. Ein Aufenthalt in Bad Mergentheim, das bezeichnenderweise das deutsche Karlsbad genannt wird, ist allen denen zu empfehlen, die an Gallenleiden, Leberleiden, Stoffwechselerkrankungen wie Zuckerkrankheit, Gicht u. a., Magen- und Darmleiden und chronischer Verstopfung leiden. Die Heilerfolge bei diesen Leiden verdankt Bad Mergentheim der anerkannten Heilkräfte der dortigen Karlsquelle und der Wilhelmquelle.

Auch das am Tollense bei der bekannten Renterstadt Neubrandenburg in Mecklenburg gelegene Rurhaus Rugkubad, das in das ganze Jahr hindurch geöffnet. Die Kolonie Rugkubad ist kein Nobelpark, sondern eine Stätte der wirklichen Erholung, ein Kulturort ersten Ranges. Das Heim eignet sich zur Genesung nach überstandener Operationen und inneren Krankheiten, zur Kur bei Nervenschwäche und Nervenstarrheit, Abspannung, Ermüdung und Ueberarbeitung im Beruf. Die stillesse Ruhe, die reine Luft bieten eine starke Anregung für die Tätigkeit der Nerven und des gesamten Stoffwechsels. Es sei darum Diätarmen und Nervösen ganz besonders empfohlen.

Näheren Ausschluß gibt die Schrift „Unsere Rurhäuser“, die von der Deutschnationalen Krankenkasse, Dambura, Dölsch... kostenlos zu haben ist.

Vorsicht beim Frühjahrseinkauf von Gemüse- und Blumen-Samen, Sämlingen, Sträuchern, Stauden usw.

Billiger Samen ist zweifellos der Wunsch vieler Gartenbesitzer, denn wer möchte heutzutage nicht alles billig kaufen? „Billig“ ist aber beim Samen ein sehr bedauerlicher Begriff; wenn das Wort „gut“ zwar dabei steht, läßt man sich das noch gefallen. Wohl dem, der unter seinen täglichen Bedarfsartikeln auch billigen Samen für die kommende Saison bestellt hat. Das ist aber ein sehr zweifelhaftes Geschäft; denn wenn der Preis schon die üblichen von jeder realen Samenfirma verlangten Samenpreise nicht erreicht, also viel billiger ist, da kann man ohne weiteres annehmen, daß irgend etwas nicht ganz in Ordnung ist. Im Laden z. B. können wir ja überall die uns vorgelegten „billigen“ Artikel (Schuhe, Kleider usw.) persönlich prüfen und die Eigenschaft „billig“ auch gleich an der Qualität an Ort und Stelle vergleichen; in den Samen aber sehen wir nicht hinein. Ist dieser nun auffallend billig, dann können wir mit wenig Ausnahmen sicher sein, daß Sortenreineit und Keimfähigkeit mangelhaft sind. — „Wie die Saat, so die Ernte“, muß der Wahlspruch beim Samen- einkauf lauten, der eine reine Vertrauenssache ist; bei Beachtung dieses Grundsatzes wird man sich dann auch bei der Ernte manche Enttäuschungen ersparen, denn das durch den scheinbar „billigen“ Samen ersparte Geld geht man im Herbst infolge mangelhafter Ernte durch Zukauf von Gemüse sehr häufig drei- bis vierfach wieder zu. Gut ist, reines Saatgut kann also unmöglich gleichzeitig billig sein!

Es sei deshalb hier auch einmal vor den sogenannten „Stegenden“ und „wilden“ Samenhandlern ausdrücklich gewarnt, die ebenso wirtschaftlich- und berufsschädlich werden können wie die sogenannten „wilden Baumhändler und Landwirtsgärtner“ (ungeklärte Gartenarbeiter), die alle erstens nur eine vorübergehende Geldquelle in ihren Händen (ihren Bezugskasse meist zweifelhaft ist), bezw. in ihrer Arbeit leben, von einwandfreier Ware und sachgemäßer, erfolgreicher, zuverlässiger und gemeinschaftlicher Arbeit jedoch meistens recht wenig oder garnicht verstehen und dadurch den Gartenbesitzern auf Jahre hinaus unberechenbaren Schaden zufügen können.

Wer also auf zuverlässige Samenreien jeglicher Art und auf einwandfreie, sortenreines Pflanzenmaterial Wert legt, der sollte nicht am Pfennig sparen, sondern sich nur bei guten, gebieteren Firmen mit ebenbürtiger Ware zu eben- solchen Preisen eindecken und zweifelhaftes rundweg ablehnen. Besonders für alle Obstbäume, Ziersträucher, Stauden usw., die doch nur einmal gepflanzt werden und 20 bis 30 Jahre auf ein- und demselben Platz stehen bleiben, versteht sich dies ganz von selbst; denn wenn z. B. ein zweifelhafter Obstbaum usw. 3 bis 4 Jahre nach der Pflanzung eine ganz andere Sorte aufweist als die gewünschte oder wegen mangelhaften Wurzelvermögens absolut keine richtige Wachstumsfreude und Tragbarkeit usw. entwickelt, dann wird man erst recht gewahrt, was man sich mit guter, reiner Ware an Zeit, Arbeit, Geld und Verdruß hätte sparen können. Umgekehrt gehört aber zu einwandfreiem Saat- und Pflanzgut auch einwandfreie, wenn auch anfangs mühsame Pflege und Behandlung, dann erst ist der Erfolg ein ganzer; dann fällt auch das ungerechtfertigte Mißtrauen und der Mißerfolg weg, die man so oft nur aus Bequemlichkeit, aber doch zu gerne — leider auch dem einwandfreien Saat- und Pflanzgut — in die Schuhe schiebt, anstatt bei sich selbst, bezw. dem mangelhaften Boden, der unsachgemäßen Pflege und dem persönlichen Mangel an Geduld und Ausdauer usw. die Schuld zu suchen.

G. S. D.

Naturalisation?

ist. Die nachstehenden, aus dem „Sudetendeutschen Echo“ entnommenen Ausführungen gelten ebenso wie für die Sudetendeutschen auch für jeden, der in anderen deutsch- und auslanddeutschen Gebieten heimatsrechtlich ist.

Unter „Naturalisation“ versteht man die Erteilung des Rechtes der Staatsangehörigkeit an einen Staatsfremden oder, kurz gesagt, die Einbürgerung eines Staatsfremden. Wie hat sich der im Reich oder in Oesterreich lebende aufrechte Sudetendeutsche bei der Frage der Naturalisation gegenüber zu verhalten? Soll er sich naturalisieren lassen? Diese Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten, nein, tausendmal nein!

Und doch gibt es Sudetendeutsche, die der Frage der Einbürgerung aus persönlichen Gründen oder wegen ihrer Kinder näher treten, die also die Naturalisation anstreben. Ohne Frage sind diese für die politische Bedeutung und kulturpolitischen Tragweite ihres Vorgehens nicht bewusst. Es sind gewöhnliche Gründe, die dem Sudetendeutschen die Naturalisation verbieten. Zunächst kann dem Tschechemum kein größerer Dienst erwiesen werden als mit der Naturalisation, denn der Naturalisierter ohne oder mit der Familie trennt sich im allgemeinen schnell oder doch bald von der sudetendeutschen Gemeinschaft. Die Heimatverbindungen sind gelöst, „da unten“ hat er nichts mehr zu sagen. Er glaubt eine neue Heimat erhalten zu haben, Böhmien sinkt für ihn und seine Familie zum Begriff herunter. Sie sind „da unten“ auch mal gewesen! Der Tscheche aber schmunzelt: Wieder einer oder eine Familie der verhassten Deutschen weniger, wieder ein Pionier gegen tschechische Willkürherrschaft unschuldig gemacht. Darum, Freunde, wer seine Heimat, die unlagbar schönen Wälder und Berge Böhmens, der uralten Erproving Teutoniens, wer seine herrlichen Sudetenberge und -schichten liebt, der darf sie nicht im Stich lassen, der muß anstarrten im Kampfe, bis der Faschingsherz der tschechoslawischen Republik zur Entfaltung geworden. Wer das Sudetendeutschtum aufgibt, handelt dabei feige und fällt den Brüdern und Schwestern, die zur Zeit Schmerzliches genug erdulden müssen, in den Rücken. Die deutschen Provinzen: Böhmen, Mähren und Schlesien müssen dem Deutschtum unter allen Umständen erhalten bleiben! Wann für Mann müssen wir daher sein zur engeren Heimat stehen. Ein jeder möge die kulturpolitische Bedeutung dessen voll erfassen und sich wegen fleischer Gedanken, Verärgierungen oder augenblicklicher Vorteile seiner großen Verpflichtungen nicht unwürdig entziehen. Der Sudetendeutsche im Reich muß sich der Verantwortung immer bewußt bleiben, daß er als ein Ferment im Reiche zu wirken berufen ist, daß den eingeschältesten Gedanken von der Einheit und Untrennbarkeit deutschen Kulturgebietes zu braudendem Leben aufzurichten hat.

Es ist aber noch aus einem anderen sehr wichtigen Grunde eine Unverschieblichkeit, die Naturalisation zu erwägen. Wer nämlich die „Erteilung des Rechtes der Staatsangehörigkeit an einen Fremden“ nachsicht, gibt von vornherein zu, ein Fremder zu sein, verneint also die Einheit Sudetendeutschlands mit dem Reiche und mit Oesterreich, verneint die Untrennbarkeit der gewaltsam abgetrennten Provinzen vom Reiche. Er fördert also geradezu die tschechische Legende von den Sudetendeutschen, die angeblich nur Kolonisten sind. Hat das der Sudetendeutsche nötig? Nein, tausendmal nein! Deutsch ist er, wie Schwabe, Bayer, Sachse, Preuße deutsch sind, deutsch wird er ewig bleiben; auf Vorposten steht er in unseren Tagen, den Blick unverwandelt auf Reich gerichtet, mit dem er sprachlich, rassistisch und kulturell unzerrenbar verbunden ist. Und weil die Erfüllung aus dem tschechischen Zwangsstaate nur eine Frage der Zeit ist, weil die Vereinigung mit dem großen deutschen Sammelbecken kommen muß, weil er vor Kindern und Enkeln berechtigt ist zu stehen, warum also muß der Sudetendeutsche Sudetendeutscher bleiben, den Ehrenschild Sudetendeutschlands blank halten und Verhängnis und Achtung werden für die kämpfenden Gane der Heimat im großen deutschen Reiche.

Die deutsche Regierung sollte freilich schon heute jedem Deutschstämmigen des mitteleuropäischen Auslandes, der sich darüber untrüglich ausweist und der sich seit mehreren Jahren im Reiche dauernd und ehrbar aufhält, auf Antrag unbefristet seiner Heimatrechte wiederherstellung mit dem Reichsdeutschen einräumen. Das wäre eine Tat kulturpolitischer Einsicht. Dagegen sollte jedes der tschechischen Naturalisationsgesuche vom Reiche und von Oesterreich glatt abgelehnt werden bis zu dem gewiß eink in Reich und Herrlichkeit ankünftigen Tage, an dem die Tscheche in Sudetendeutschland kläglich zu Ende geht.

Sudetendeutsche! Schließt die Reihen! Die Posten ist; Best nur Heimat und fest zum Reiche!

Surren, Sport, Spiel, Wandern.

Kieser Sportverein e. V., Abteilung für Jugendpflege.

Kieser Sportverein 2. Jan. — Röderner Sportverein 1. Jan. 3: 2.

Auch im Verbandsspiel der 2. Runde gelang es den an der Spitze der Tabelle stehenden Röderner nicht, den Jugendmeister zu schlagen. Wie das 1. Spiel, so endete auch dieses unentschieden und nur bei der Äußerst zerfahren spielenden Hintermannschaft können sich die Röderner behaupten, daß ihnen noch in letzter Minute der Ausgleich gelang.

Am kommenden Sonntag wollen die 1. Junioren in Thuringen. Der Gegner ist die 1. Juniorenschiff des SC. Apolda.

Nur bestes Können des Jugendmeisters, der dort auf eigenem Boden der vorzüglichen Apoldaer-Mannschaft gegenüber steht, kann zu Erfolgen führen.

Vor dem Treffen der 1. Herren findet das Spiel

TSV-Raben — TSV-Raben

statt. Die kleinen flinken Leipziger sind noch von ihrem letzten Diesseits gut bekannt und werden wohl auch dieses Treffen siegreich beenden. Leicht wird es ihnen aber der Rabenmeister nicht machen.

•

Um die Säch. Meisterschaft im Schachspiel.

Die erste Runde im Wettkampf um die Säch. Meisterschaft im Schachspiel wurde in Dresden ausgetragen. Der Dresdner Schachverein gewann gegen den Chemnitz-Schachklub mit 4 Gewinn- und 2 Remis-Partien.

•

Der Kampf um die Tennis-Meisterschaft.

Aus Gannes wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: Am Dienstag mittag begann in Gannes der mit höchster Spannung erwartete Kampf der Tennisdamen. Susanna Lengien siegte über Helen Wils mit 6: 3 und 8: 6.

•

Im Dreiländer Schachturnieren

gingen als Sieger hervor: Erste: Van Kempen-Teja 894 Punkte. Zweite: Berlin-Verderben 712 Punkte. Dritte: Rieger-Knappe 670 Punkte. Vierte: Tonant-Oliori.